

ILLUSTRIRTE ZEITUNG

Zur National.



Versammlung

VERLAG J. J. WEBER · LEIPZIG

Friede, Völkerbund, Demokratie. / Ein Literaturbericht von Dr. Walter Lange, Leipzig.

Aus der verwirrenden Menge der Aufgaben, die sich dem Deutschen in der Not der Stunde aufdrängen, beanspruchen drei erhöhte Teilnahme: zwei Probleme internationalen Charakters: der Friede und der Völkerbund, auf deren Lösung das dritte Problem nationalen Charakters rückwirken muß: die Festigung der Demokratie und die sie gewährleistende Nationalversammlung. Eine Fülle von Schriften liegt vor, diesen Fragen die beste Antwort zu finden. Nur wenige seien hier dem Leser nahegebracht und mit einigen Bemerkungen über ihre Tendenz begleitet, da Raum-mangel eingehendere Besprechung nicht zuläßt. Naturgemäß sind sie alle vor der Revolution entstanden und rechnen lediglich mit der geplanten und eingeleiteten „Neuorientierung“ bzw. einem Abschluß der Feindseligkeiten, wie wir ihn alle, die Revolutionäre eingeschlossen, erwarten durften. Dessen ungeachtet sind die in ihnen behandelte Probleme wie auch die Art ihrer Behandlung aktuell und werden beim Aufbau des neuen Staates Beachtung finden müssen. Der Umsturz wird am Ende doch nur Segen wirken können, wenn er sich zur Umbildung des historischen Gegebenen entschließt.

An erster Stelle sei das jüngste Buch des schwedischen Soziologen Gustav Steffen genannt: „Der Weltfriede und seine Hindernisse.“ (Verlag Eugen Dieberichs, Jena, 1918; Preis 6,50 Mark, gebunden 7,50 Mark.) Bereits am 17. Januar 1917 abgeschlossen, also noch vor Eröffnung des verschärften U-Bootskrieges, ist es mitnichten in seinen Ergebnissen Lügen gestraft. „Die Uneinigkeit hinter der allgemeinen Forderung eines dauerhaften Friedens“ sucht der Verfasser in den heterogenen Gesichtspunkten, mit denen man an die Friedensfrage herantritt. Drei Anschauungsformen stellt er fest: eine realpolitische, eine chauvinistische und eine demokratisch-pazifistische, idealtypische. Die erste findet er bei den Deutschen vorgebildet, die beiden anderen bei unseren Feinden. Daher auch schwärmende Pazifisten so gern auf das „strahlende Kriegsziel“

England-Frankreichs hineinfallen wie die wiederholt zitierte Ellen Key. Die Darstellung wird am Ende zur Apologie Deutschlands, die als Ergebnis der wissenschaftlichen Arbeit eines Neutralen zu bemessen ist. Nach Steffen muß der Friede anders aussehen, als er voraussichtlich aussehen wird, soll er ein dauernder werden. Deutschlands Großmachtsstellung nach einseitig theoretischen Gesichtspunkten (die freilich sehr reale Hintergründe haben) beschneiden, hieße eine Entwicklungs-tendenz entgegenarbeiten, die in sozialer und kultureller Eroberung dieser Welt sich auswirkt. „Ein Weltfriede“, das ist seine Überzeugung, „ohne eine England und Rußland ebenbürtige, Frankreich und Italien überlegene deutsche Großmacht kann aus unabwiesbaren Gründen niemals ein dauerhafter Friede werden — und wäre keinen Augenblick überhaupt ein Friede.“ Nur mit einem Gefühl der Wehmut legt man das Buch aus den Händen in einem Augenblick, wo uns ein Opfer besserer Überzeugung und bitterster Erfahrungen zugemutet wird.

Einen Weg zum Weltfrieden sucht auch M. Erzberger in seinem Buche „Der Völkerbund“ (Verlag Reimar Hobbing, Berlin, 1918; Preis 3 Mark). Nach einem historisch orientierten Teile, der Völkerbund und Weltfrieden in vergangenen Perioden der Geschichte würdigt, wo er meist in der Form eines durch Gewalt errichteten Universalreiches sich durchzusetzen suchte, gelangt er zur Gegenwart, der Stellung Deutschlands und des Papstes zu dem Problem. In einem zweiten, programmatischen Teile gibt er den Verfassungsentwurf eines Völkerbundes, um mit ihm aus der Welt der Pfaffen und des Schlagwortes in das praktische Leben hinüberzuleiten, zur Betätigung ernstlichen Friedenswillens aufzufordern. Eine Bibliographie der einschlägigen Literatur erhöht den Wert des Buches.

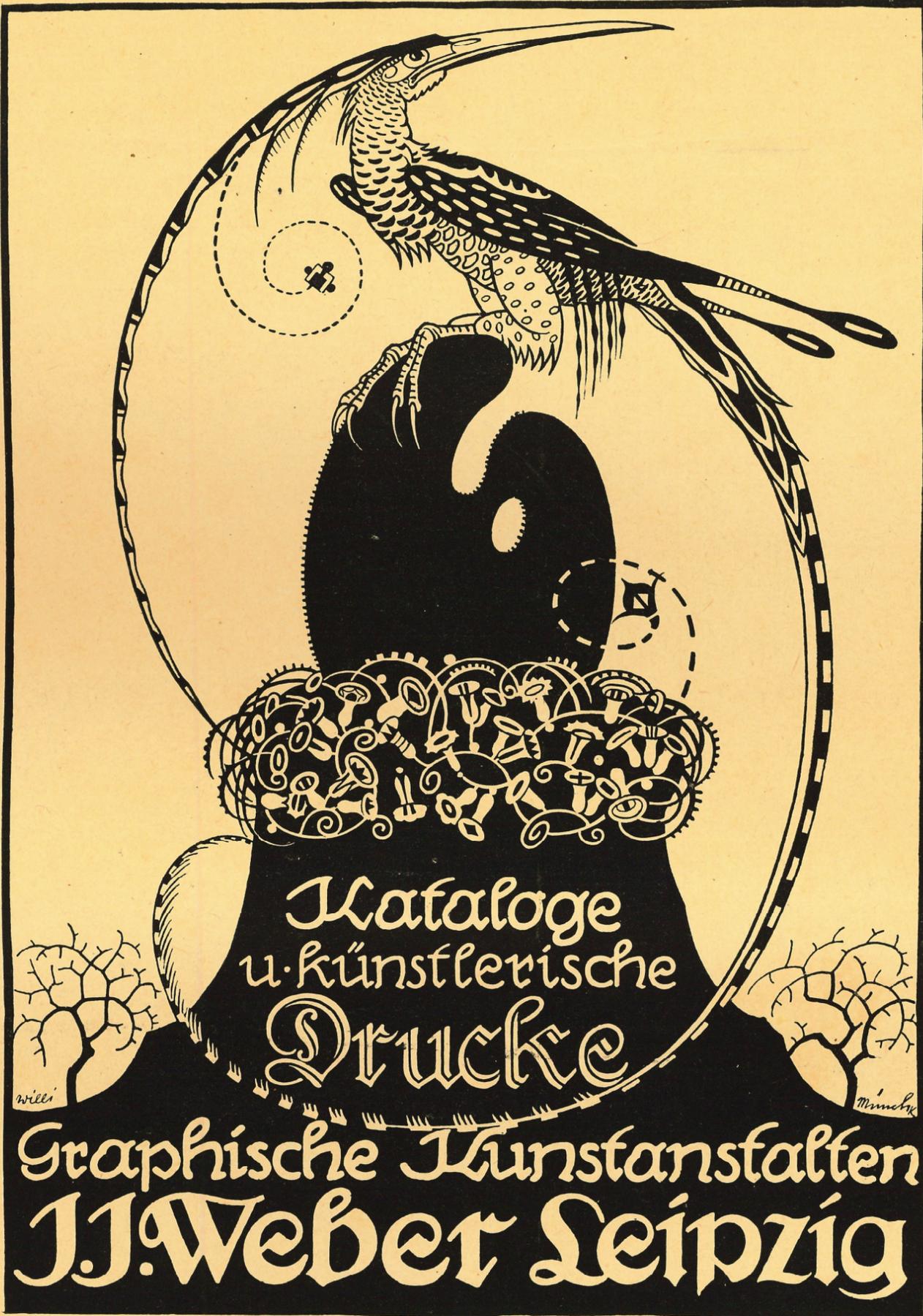
Im Geiste eines positiv gerichteten Christentums nährt dagegen F. Schröghamer-

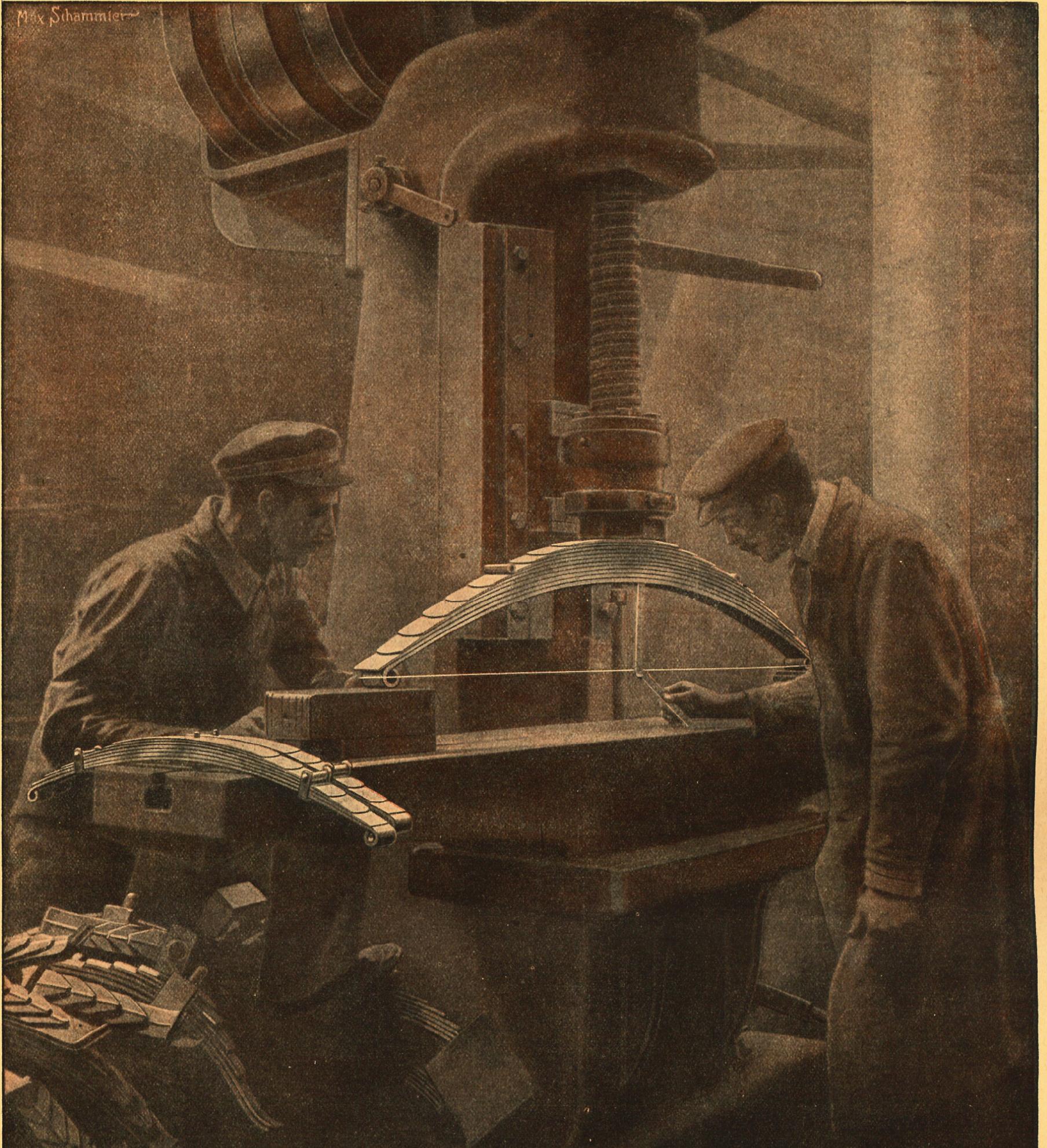
Heimdal frommen Glauben an „Das kommende Reich“ (Verlag Haas & Grabherr, Augsburg, 1918; Preis 2 Mark), das er nach den grauenhaften Erfahrungen dieses Krieges nahe, für das er die Menschheit nach unendlichen Leiden reif geworden glaubt. Vornehmlich den deutschen Geist hält er berufen, die Verwirklichung christlicher Hoffnungen herbeizuführen, und fühlt sich von der Liebe zu den Besten der Nation getrieben, in seinem Buche den „Entwurf einer Weltordnung aus dem deutschen Wesen“ niederzulegen. Bezüglich der Form gilt das „Cum desint vires, tamen est laudanda voluntas“. Auch erinnere ich mich nicht, als „Auspruch des Altmeisters Goethe“ die Worte kennen gelernt zu haben: „Wo rohe Kräfte sinnlos walteten . . .“

Durch die Ereignisse weit überholt, darum aber in seinen kritischen Erwägungen um so beachtenswerter ist Hermann Jordans Büchlein „Die Demokratie und Deutschlands Zukunft“. („Im neuen Deutschland“, Grundfragen deutscher Politik in Einzelschriften, 3. Heft. Vossische Buchh., Berlin, 1918.) Nach grundlegender Betrachtung unserer nächsten politischen Aufgaben erwägt der Verfasser mit überzeugender Wärme das Für und Wider der Demokratie und warnt vor Überspannungen, die mit hemmungsloser Anwendung eines schematischen Gleichheits- und Mehrheitsprinzips mehr Unheil stiften können als eine Verfassung je zuvor. Nicht minder wertvoll ist für die Beurteilung der schwebenden innerpolitischen Entscheidungen des Schweizer F. Fid Brotschüre „Deutsche Demokratie“. (Verlag J. F. Lehmann, München, 1918; Preis 1,50 Mark.) Nach einer Würdigung der drei Staatsformen Demokratie, Aristokratie und ihres Gesinnungsinhaltes wendet er sich den Erscheinungsformen deutscher Demokratie zu unter Berücksichtigung vor allem auch der Schweizer Geschichte. Eine scharfe Grenze zieht er zwischen organisch sich entwickelnder deutscher und westmännlich parlamentarischer Demokratie, die er als legalisierten periodischen Umsturz bezeichnet. „Demokratie erfordert Herrschaft eines jeden Volksgenossen über sich selbst zum Wohle der Gesamtheit.“ Einem dringenden Bedürfnis kommt F. Stier-Somlo entgegen mit seinem bei aller Knappheit erschöpfenden Buche „Von parlamentarischen Wahlrecht in den Kulturstaaten der Welt“. (Verlag Dietrich Reimer, Berlin, 1918; Preis geb. 5 Mark.) Die Fülle des gebotenen Materials zeichnet sich durch über-

sichtliche Gestaltung und kritische Behandlung aus, die sich nicht mit lektographischer Wiedergabe der einzelnen Wahlrechtsformen genügen läßt. Ein erster grundlegender Teil behandelt die ideellen und praktischen Voraussetzungen, Konstitutionalismus und Volksvertretung, die Grundelemente der Wahlsysteme der Welt. Kapitel I: Revolution, Krieg, Wahlrecht, dürfte besondere Interesse erwecken. Mit Recht weist der Verfasser auf die Gebundenheit der nationalen Wahlrechtsfragen an internationale Gegebenheiten, gibt der Behandlung auch außereuropäischer Wahlrechte eine tiefere Begründung, indem er die Wahlrechtsfrage sowohl als staatl. wie als Weltproblem erkennen läßt. Literaturangaben, Anmerkungen und Register bieten willkommene Ergänzungen.

Zum Nachdenken über innerpolitische Probleme reizt Max Weber in „Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland“. (Verlag Dunder & Humblot, München und Leipzig, 1918, in „Die innere Politik“, herausgegeben von Siegmund Hellmann; Preis 4 Mark.) Er will einen Beitrag liefern „zur politischen Kritik des Beamten-tums und Parteiwesens“. Vieles gehört infolge der Revolution für immer der Geschichte an, andere Gedanken werden auch beim Neuaufbau fruchtbar werden können. Der Verfasser bricht eine Lanze für den Parlamentarismus, dessen Gegner mit dem Buche die Schattenseiten des Systems milder beurteilen, das Gute höher einschätzen werden.





Max Schammler

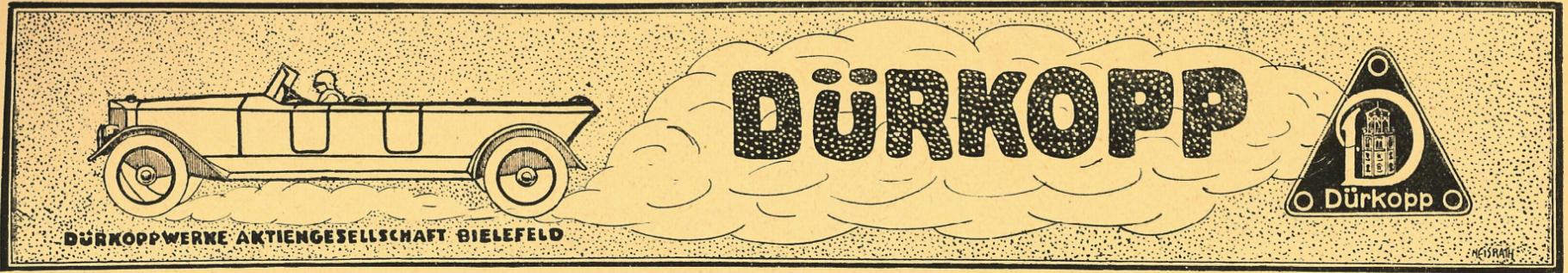
ERSTKLASSIGE AUTOMOBILFEDERN

*FÜR LAST- UND PERSONENWAGEN
AUS FEINSTEM SPEZIALSTAHL.*

Trag- und Spiralfedern, Zug- und Druckfedern, Geschützfedern

MAX WEBER

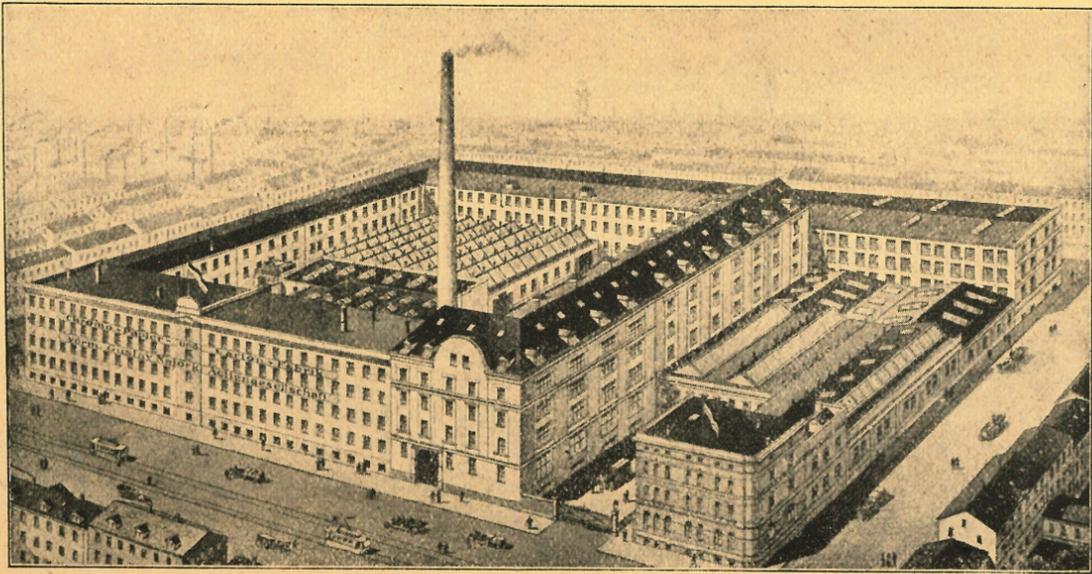
ZITTAU



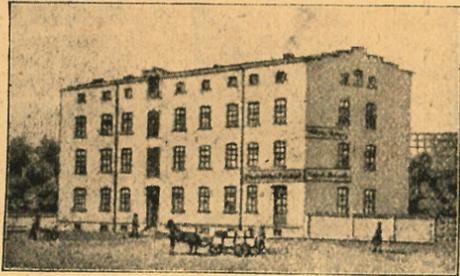
DÜRKOPP

DÜRKOPFWERKE AKTIENGESELLSCHAFT BIELEFELD

Dürkopp



1918.



1868.

Chromo-Papier- und Carton-Fabrik
 vorm. Gustav Najork
 Actiengesellschaft
LEIPZIG-PLAGWITZ
 Fabrik gestrichener Papiere.



Formamin-Tabletten
 vernichten die Bakterien in Mund
 und Rachen und gewähren
Schutz vor Ansteckung

Keine Gasnot bei Benutzung der

Heinzelmännchen Kochkiste



Nur echt mit dieser Schutzmarke.

Heinzelmännchen Kochkiste
 spart bis **70% Gas**

Kocht + brätet + bakt
 ersetzt Fischbrank
 u. sterilisiert.

Heinzelmännchen Kochkisten komplett mit Kochtöpfen sind in allen Haushaltungsgeschäften u. Warenhäusern erhältlich.

Heinzelmännchen Akt.Ges. Berlin NW.

„Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun“

so lautet die Frage im Reichstage, wenn es sich darum handelt, einen Mangel abzustellen oder unsere Interessen zu fördern.
 „Was gedenken Sie zu tun“, um Ihre soziale Lage, Ihr Einkommen oder die Zukunft Ihrer Kinder zu verbessern? Ist Ihre Tätigkeit durch ein Examen oder eine Prüfung auf eine höhere Stufe zu bringen? Können Sie Ihre Stellung durch Sprachkenntnisse oder durch landwirtschaftliche oder kaufmännische Bildung heben? Liegt Ihnen daran, die Schulbildung Ihrer Kinder zu erweitern? Würden technische Kenntnisse Ihr Vorwärtskommen beschleunigen? so zögern Sie nicht, noch heute unsere 60 S. starke Broschüre R16 über die Selbstunterrichtsmethode Rustin oder für technische Bildung die 80 S. starke Broschüre K17 System Karneck-Hachfeld kostenlos portofrei zu verlangen. Stand und Beruf bitten wir anzugeben.
Bonness & Hachfeld, Verlagsbuchhandlung, Potsdam 284

Kronenquelle

bei Gicht, Steinbildung,
 Zuckerkrankheit,
 Nieren- u. Blasenleiden.

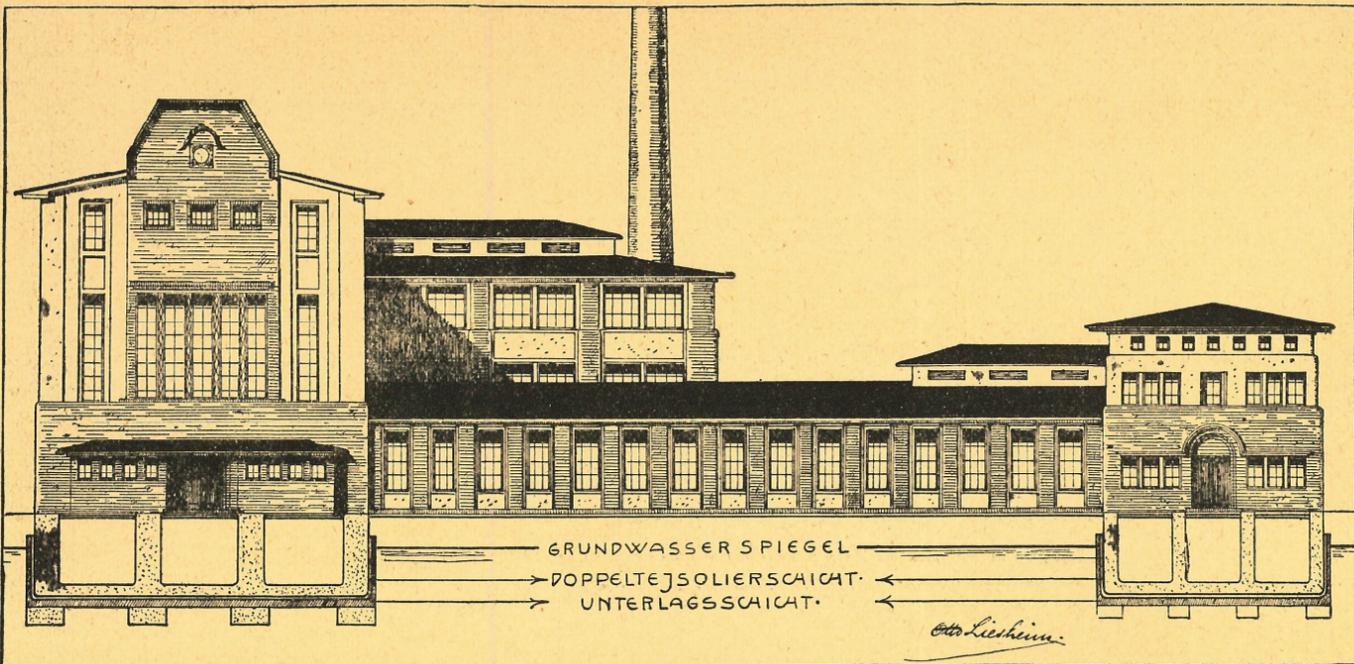


Harmoniums bes. ohne Notenkenntnis
 4stimm. spielbare. Illustr. Katalog frei.
 Aloys Maier, Hofl., Fulda 172.

Browning Kal. 7.65
 M 75.-, Mauser, Parabell. M. 85.-, Jagdwaffen,
 Benekendorf, Berlin-Friedenau, Rheinstr. 47.

C. F. WEBER :: Aktien- :: LEIPZIG-PLAGWITZ
 Gesellschaft

BERLIN W 9 * SCHKEUDITZ (Bez. Halle a. d. Saale) * Breslau V * Bamberg
 Frankfurt a. M. * München * Nürnberg * MuttENZ-Basel * KrATZAU i. Böhmen



Zuverlässige Ausführung von
Isolierungen gegen Grundwasser und aufsteigende Feuchtigkeit
Dachpappen- und teerfreie Spezial-Bedachungen,
 Asphaltierungen aller Art * Holzpflasterungen
 sturmsicher, wasser-, ruß- und schneedicht



TURF
 DAS BESTE HERREN-PARFUM

MAX SCHWARZLOSE
 KGL. HOF-LIEFERANT
 BERLIN C. 2.

Briefmarken
 und Sammlungen kauft zu hoh. Preis., Verkaufspreislsten umsonst, S. Faludi, Berlin, Friedrichstr. 47L.

Wie ein Wunder
 beseitigt
 San.-Rat Dr. Strahls **Haussalbe**
 jeden Hautausschlag, Flechten, Hautjucken, bes. Beinschäden, Krampfadern der Frauen und dergl., Originaldosen zu M. 2.25, 4.25 u. 7.50 versendet portofrei
 Elefanten-Apotheke Berlin 2, Leipzigerstr. 74 (a. Dönhoffplatz).

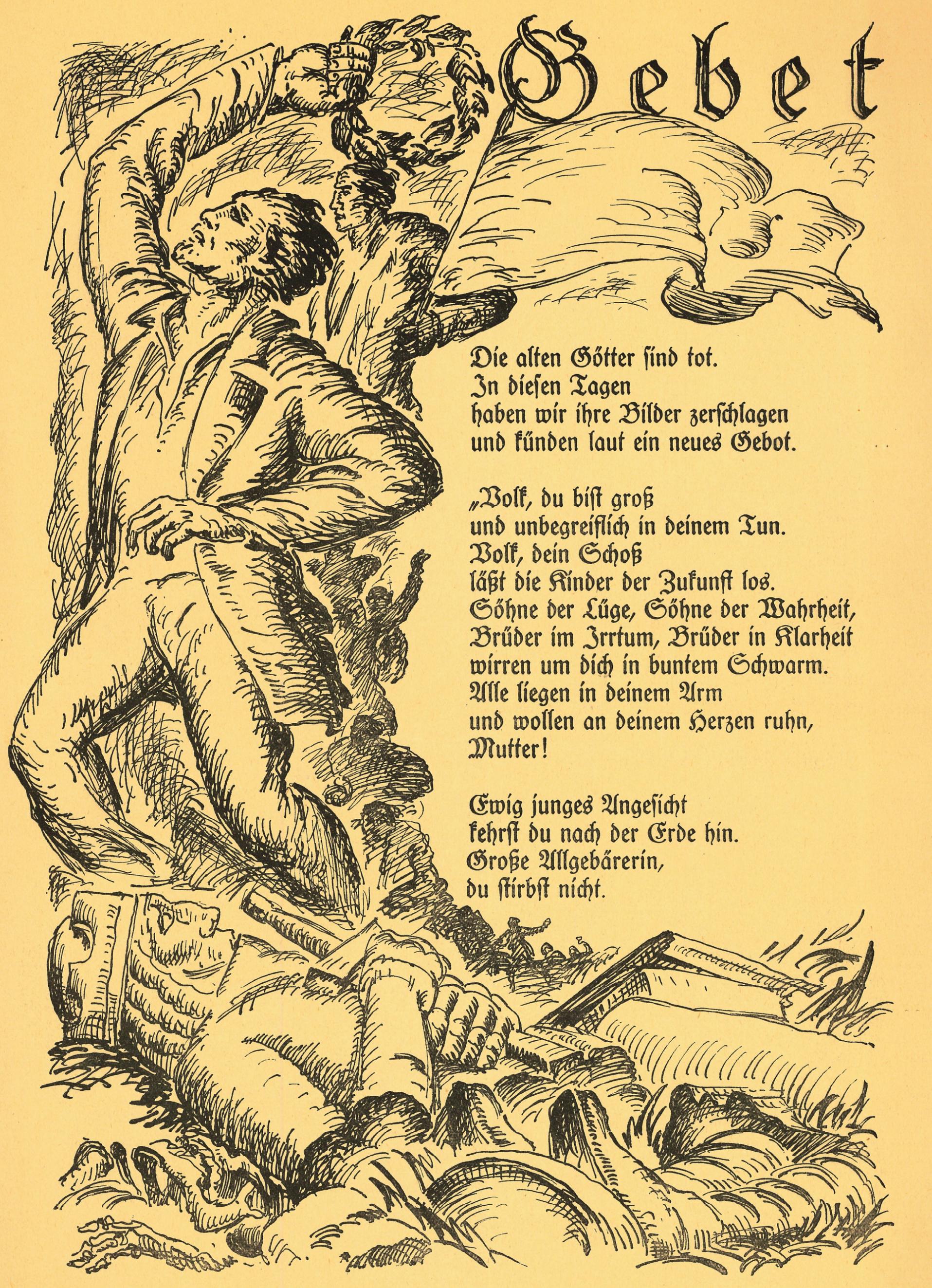
ILLUSTRIRTE ZEITUNG

Nr. 3941 * Herausgegeben im Auftrage des Verlages J.J. Weber von Heinrich Pfeiffer * 152. Band



DURCH GLEICHE WAHL ZU RECHT UND FRIEDEN!

Zeichnung von Wil Howard.



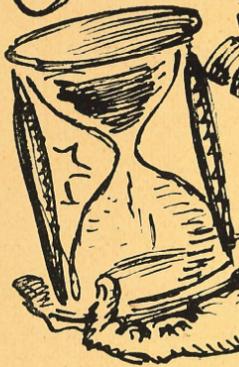
Gebot

Die alten Götter sind tot.
In diesen Tagen
haben wir ihre Bilder zerschlagen
und künden laut ein neues Gebot.

„Volk, du bist groß
und unbegreiflich in deinem Tun.
Volk, dein Schoß
läßt die Kinder der Zukunft los.
Söhne der Lüge, Söhne der Wahrheit,
Brüder im Irrtum, Brüder in Klarheit
wirren um dich in buntem Schwarm.
Alle liegen in deinem Arm
und wollen an deinem Herzen ruhn,
Mutter!

Ewig junges Angesicht
kehrst du nach der Erde hin.
Große Allgebärerin,
du stirbst nicht.

ZUM VOLK



Du bist unsres Lebens Leben,
Volk, und unser tieffter Wurzelgrund.
Jeder Hauch ist dir ergeben,
jede Hand beschwöre neu den Bund.

Tod ist Irrtum, Sterben Trug.
Was da lebt, ist schon gewesen.
Immer hebt zu neuem Flug
sich der Geist und will in Sternen lesen.
Einmal müssen wir genesen
und aus aller Wirrnis uns befrein.
Volk, dann wirst du erst geboren sein,
wirst dein eignes Antlitz kenne
und dich mit dem wahren Namen nennen.

Mächtig schwillt das Beten, Rufen, Schrein:

Geburt! Geburt!"

Karl Bröger.



Erich Gröner 29. 1918

Die Geschichte der Nationalversammlungen. / Von E. W. Trojan.

Nachdruck verboten.

Es sind zwei Wortgefüge mit dem Bestimmungswort „national“ gewesen, die in der letzten Zeit die Öffentlichkeit ganz außerordentlich beschäftigt haben. In den Oktobertagen war es das Wort „Nationale Verteidigung“, an das sich die tief gesunkene Hoffnung eines großen Teiles des deutschen Volkes klammerte, und unmittelbar nach der Revolution fiel das Stichwort „Nationalversammlung“. Mit seinen beiden offenen Vokalen am Anfang und am Ende klingt das Wort National wie eine Fanfare, wie ein weithallender Schrei. Und immer wieder, wie eine letzte Hoffnung, wie einen großen heißen Wunsch und wie Gebet spricht jeder das Wort „Nationalversammlung“ aus, als ob ihm geheime Zauberkräfte innewohne, die imstande sei, alle Not und alles Leid, die über unser Volk gekommen sind, zu bannen. Welche Bedeutung das Wort hat, wissen indessen die wenigsten. Man hat nur eine ganz vage Vorstellung, als ob es eine Art Reichstag bedeute ohne Kaiser, Reichskanzler und Bundesrat. Niemals ist der alte Reichstag als Nationalversammlung angesprochen worden, wohl aber hin und wieder als Volksvertretung. Und damit traf man das Rechte, denn die deutsche Sprache machte einen eigenen Unterschied zwischen Volk und Nation. Unter dem deutschen Volk verstand man gemeinhin die Gesamtheit mit Einschluß der Fremdstämmigen, also der Polen, französischen Lothringer usw., aber mit Ausschluß der Fürsten und Regierungen, die als über dem Volk, frei von den Parteien stehend, gedacht waren. Nation hingegen hatte immer den Charakter des Besonderen, des Rassemäßigen; in ihr sah man vornehmlich alles das einbegriffen, was die völkische Eigenart in Sitte, Sittlichkeit, Sprache und Kultur ausmachte. Alle diese Unterschiede fallen jetzt weg, denn da Herrscher und Regierungen fehlen, die Fremdsprachigen sich von uns abwenden, bleibt nur das deutsche Volk in seiner Gesamtheit übrig, die die deutsche Nation ausmacht oder ausmachen wird. Trotzdem hat man den kommenden Zusammenritt nicht Volksversammlung, sondern Nationalversammlung genannt. Woher kommt das? Das Wort tauchte auf aus der tiefen Vergangenheit, war plötzlich da. Ein erlösender Klang wohnt ihm inne, und jeder lauscht gläubig diesem Klang. In normalen Zeiten hat jedes Kulturvolk sein sogenanntes Parlament oder seine Volksvertretung. Deshalb muß eine Nationalversammlung etwas anderes sein, ein Außergewöhnliches, ein Behelf. Tatsächlich ist es eine Art Übergangsparlament, das den Weg zu geordneten verfassungsmäßig parlamentarischen Verhältnissen ebnen soll. Bedeutung und Ansehen gewinnt das Wort zum erstenmal in der großen französischen Revolution.

Im Jahre 1774 war Ludwig XVI. seinem Großvater Ludwig XV. gefolgt. Ein Zwanzigjähriger bestieg den Thron Frankreichs und übernahm eine unheilvolle Erbschaft: Der Hof strotzte vor Prunk, die Finanzen zerrütet, der dritte Stand unterdrückt, die Bauern durch Kirchzehnte, Fronen, Zölle, Bodenabgaben, durch Mißernten und Hungersnöte der Verzweiflung nahe. Turgot, der Geniale, Glänzende, wurde in die Finanzen berufen. Er mußte gehen, als er den König zu großartigen Reformen gewinnen wollte. Volkstare klagte: Ein goldenes Zeitalter haben wir kommen, und nun müssen wir es wieder versinken sehen. Necker kam als sein Nachfolger 1777, aber bereits vier Jahre später muß auch er gehen. Der junge Mensch auf dem Thron wollte seinem Volk zwar Pflichten auferlegen, aber Rechte zur Mitbestimmung über die Geschicke des Staates nicht zugestehen. Im Jahre 1777 hatten überall im Lande Hungerrevolten eingesetzt, die unterdrückt wurden. Bis 1783 war es verhältnismäßig ruhig, dann nahmen die Ausstände bis zum Ausbruch der Revolution im Jahre 1789 ständig an Zahl und Umfang zu. Und nicht nur die Hauptstadt Paris revoltierte, es war die Provinz, die ausgefogenen Bauern. Über das große Wasser aber drangen die Nachrichten von den neuen Freiheiten der demokratischen Republik der Vereinigten Staaten von Amerika.

In dieser schwierigen Situation berief der Minister Calonne – es ging nicht mehr anders – zum 22. Februar 1787 eine Notabelnversammlung nach Versailles; sie setzte sich aus den Vertretern der beiden ersten Stände, Adel und Geistlichkeit, der Stadtverwaltungen und der Parlamente genannten Gerichtsbarkeit zusammen. Die Versammlung ging indessen am 25. Juni ergebnislos auseinander. Wohl hatte sie die herrschende ungeheure Mißwirtschaft aufgedeckt, aber der dritte Stand, das Bürgertum, das alle Lasten zu tragen hatte, war in ihr ohne Vertretung. Die Mißstimmung wuchs, die Lage des Königs und des Hofes wurde immer gefährlicher. Unter dem Druck der Verhältnisse kommt es zur Einberufung der „Generalstaaten“ genannten Reichsstände auf den 1. Mai 1789, in denen auch das Bürgertum vertreten ist. Aber es sollte man getrost werden, denn der König hatte verfügt, daß nicht nach Köpfen, sondern nach Ständen abgestimmt werden sollte. Dadurch wären die Beschlüsse der Vertreter des Bürgertums zur Ohnmacht verurteilt worden. Es entspinnt sich eine wütend und zäh geführte Wahlkämpfe und im Anschluß daran ein hartnäckig geführter Kampf des dritten Standes, die Gesamtheit verhandlungsfähig zu machen. Indessen bricht eine neue Bewegung hervor, in ihren Ursprüngen von dem dritten Stand überhaupt nicht beachtet: Das Pariser Proletariat, der vierte Stand, rührt sich, um seine Forderungen gleichfalls anzumelden. Auch die Bauern erheben sich vollends. Da erklärt sich endlich am 17. Juni 1789 auf Antrag des Abgeordneten Sieyès der dritte Stand, das Bürgertum, unter ungeheurem Jubel der Pariser Bevölkerung als Nationalversammlung, indem er den beiden privilegierten ersten Ständen anheimstellt, gemeinsam mit ihm zu arbeiten. Die Regierung verbietet nunmehr die Sitzungen. Darauf begibt sich die Versammlung in einen Saal des sogenannten Ballhauses, und hier kommt es zu einer ergreifenden symbolischen Szene: Die Abgeordneten leisten sich den Schwur, sich nicht eher zu trennen, als bis sie Frankreich eine Verfassung gegeben. Am 23. Juni erklärt der König alle Beschlüsse der Nationalversammlung für ungültig und befiehlt die Auflösung. Adel und Geistlichkeit verlassen den Saal, die Vertreter des dritten Standes bleiben. Mirabeau hält darauf die berühmte Rede, in der er erklärt, die Abgeordneten hätten ihr Amt aus den Händen des Volkes, und ihr Schwur binde sie, nicht eher auseinanderzugehen, als bis die Verfassung vollendet sei. Der König aber sei nichts anderes als ein Bevollmächtigter der Nationalversammlung. Nun versucht Ludwig das Mittel der Verzweiflung, den Staatsstreich; er versagt, weil das Objekt, das Militär, versagt. Am 12. Juli 1789 kommt es in Paris zu den ersten blutigen Aufständen, am 13. Juli wird eine Bürgerwehr und eine revolutionäre Gemeindebehörde gebildet, und am 14. Juli stürmt das Volk die Bastille. Am 4. August erfolgt dann durch die Nationalversammlung die Aufhebung aller Feudalrechte und persönlichen Lasten, und im Anschluß daran die berühmte Erklärung der Menschenrechte. Der König schwankt, ist bis zum 4. August zur Versöhnung geneigt, widerstrebt dann von neuem. Die Macht der Nationalversammlung wächst ständig, und sie kann es endlich, nachdem sie die ausübende Gewalt in Händen hat, wagen, den König aufzuheben und eine Untersuchungskommission einzusetzen. Es werden neue Wahlen zu der gesetzgebenden Versammlung ausgeschrieben, die am 1. Oktober 1791 unter diesem Namen zusammentritt, selbstverständlich aber auch eine Nationalversammlung wie die frühere ist. Ein einziger Kampf herrscht und beherrscht

alle Gemüter: der Kampf um den Thron. Die Gegenrevolution breitet sich aus und gewinnt an Macht. Die Nationalversammlung wird klein vor dem König. Für den 10. August 1792 ist wieder ein royalistischer Staatsstreich geplant. Er mißlingt. Der König begibt sich in den Schutz der Nationalversammlung, und diese ist sich unklar, was zu tun sei. Jetzt aber greift die neue Macht, das Proletariat, handelnd ein. Der König wird mit seiner Familie gefangen genommen, der Thron Frankreichs ist erledigt, das Königtum dahin. Der vierte Stand, die Kommune, hatte ihren ersten Sieg errungen. Die Nationalversammlung war um ihre Bedeutung und ihr Vertrauen gekommen; sie löste sich jetzt ganz auf, und am 21. September 1792 trat der Nationalkonvent an ihre Stelle, den man als das Ideal einer revolutionären Versammlung angesprochen hat. Zwar beschloß er am 24. Juli 1793 eine radikale Verfassung, die aber wegen des Krieges und der feindlichen Invasion nicht zur Ausführung kommen konnte und bis zum Ende des Krieges ausgefetzt wurde. Dennoch aber hatte die tiefe Sehnsucht aufstrebender, bisher unterdrückter Stände nach Selbstverwaltung der staatlichen Angelegenheiten durch die Revolution weitgehende und weitwirkende Erfüllung gefunden.

Ein halbes Jahrhundert später sah Frankreich abermals eine Nationalversammlung als den Ausdruck des Volkswillens gegen den Einzelwillen des Königs. Man hatte versucht, mit Ludwig Philipp ein Bürgerkönigtum einzurichten. Der Versuch mißlang, denn der König war nicht imstande, zwischen seinen Herrscherwünschen und den Wünschen des Volkes die rechte Mitte zu finden. Der König dankte ab und floh nach England. Und nun begann ein Kampf um die Gestaltung des Staatswesens, der für unsere Zeit interessant und wichtig ist. Es hatte sich eine provisorische Regierung gebildet, die sich für eine friedliche und gemäßigte Republik einsetzte. Als Antagonist trat eine zu terroristischer Gewalt neigende Gruppe auf. Auf Antrag der Radikalen mußten sich die Gemäßigten zur Errichtung der Nationalwerkstätten bequemen, in denen die arbeitslosen Arbeiter beschäftigt wurden, die aber infolge Mißwirtschaft ungeheure Summen verschlangen. In gewaltigen, sich stets erneuernden Demonstrationen versuchten die Radikalen die Ausführung der ausgeschriebenene Nationalversammlung zu verhindern, weil sie glaubten, daß die Versammlung keine radikale Mehrheit bringen werde. Diese Annahme bestätigte sich. Die Nationalversammlung wurde am 4. Mai 1848 eröffnet und erklärte sofort die Proklamierung der Republik, während die bisherige provisorische Regierung ihr Amt niederlegte. Da bereiteten die radikalen Sozialisten einen Gewaltakt vor. Am 15. Mai sollte die Nationalversammlung gesprengt werden. Der Versuch mißlang, und die Führer wurden verhaftet. Die wirtschaftlichen Verhältnisse drängten zu Taten. So entschloß sich die Exekutivkommission, die sich aus der Nationalversammlung gebildet hatte, die Nationalwerkstätten aufzuheben und die Arbeiter in die Provinz abzuschicken. Jetzt rüsteten die Radikalen zum entscheidenden Schlag. Die Nationalversammlung erklärte sich, in Voraussicht des Kommenden, in Permanenz und übertrug dem General Cavaignac die diktatorische Gewalt. Unter ihm kam es zur sogenannten Junischlacht, in der über 4000 Menschen getötet wurden.

Nunmehr übertrug die Nationalversammlung dem General Cavaignac auch die ausführende Gewalt. Außerdem durfte er sich sein Ministerium bilden. Der General zog die Zügel straff an, beschränkte die Freiheit der Presse und bemühte sich um Herstellung der öffentlichen Ordnung. Inzwischen hatte die Nationalversammlung den Verfassungsentwurf zu Ende beraten. Er sah eine gesetzgebende Versammlung von 750 Mitgliedern vor, die durch das allgemeine Stimmrecht und durch direkte Wahlen auf drei Jahre gewählt werden sollten. Die Staatsleistung und ausübende Gewalt ging auf einen Präsidenten über, der auf vier Jahre, und zwar gleichfalls durch das allgemeine Stimmrecht, gewählt werden sollte. In der Präsidentenwahl wurde dann aber nicht Cavaignac, dessen Wahl nahelag, gewählt, sondern Prinz Ludwig Bonaparte. Das Betreiben des neuen Präsidenten ging sofort dahin, die parlamentarische Gewalt zu lähmen und sie durch eine persönliche zu ersetzen, indem er sich ein Kabinett von ihm persönlich ergebenen Ministern bildete; er steuerte also planvoll auf einen Bruch mit der Nationalversammlung und eine neue Monarchie los. Erleichtert wurde ihm sein Vorhaben sogleich durch die Wahl für die erste gesetzgebende Versammlung, in der die Republikaner infolge des geschlossenen Vorgehens aller Ordnungsparteien schwere Einbußen erlitten. Die ganze folgende Zeit war dann ausgefüllt mit dem schrittweisen Vorwärtsdrängen Ludwig Napoleons auf sein Ziel, die Wiederaufrichtung der Monarchie mit ihm selbst an der Spitze als Kaiser. Die Nationalversammlung, in der das Bürgertum die Mehrheit bildete, ging ebenso stetig Schritt für Schritt zurück. Der 2. Dezember 1851 sprach ihr das Todesurteil: Der Präsident wagte den Staatsstreich, löste die Nationalversammlung auf und hob die Wahlgesetze auf. Genau ein Jahr später, am 2. Dezember 1852, sieht sich der Präsident am Ziel seiner Wünsche: Er zieht als Kaiser in Paris ein, als Kaiser Napoleon III.

Es war dann dieses Kaisers Geschick, daß die deutschen Kanonen über dem Grab des von ihm geschaffenen zweiten Kaiserreiches donnerten und die dritte französische Nationalversammlung bewillkommneten, die bereits am 8. Februar 1871, zehn Tage nach dem mit Bismarck abgeschlossenen Waffenstillstand, gewählt wurde. Am 12. Februar hielt sie in Bordeaux ihre erste Sitzung ab, siedelte dann nach Paris über und dauerte bis zum Dezember 1875, nachdem sie im Mai 1875 die Verfassung der neuen Republik festgesetzt hatte. Die gesetzgebende Gewalt fiel an zwei Körperschaften, die Abgeordnetenkammer und den Senat.

Die Vorgänge des Jahres 1848 in Frankreich waren für Preußen und das gesamte Deutschland von der größten Bedeutung. Eine demokratische und nationale Welle ging über unser Vaterland hinweg. Die altgermanischen Ideale der Freiheit und der Selbstbestimmung sprangen wieder machtvoll empor, und die beiden Großstaaten Preußen und Österreich wurden am stärksten von der Bewegung ergriffen. Immer gewaltiger erhob sich der Ruf nach einer deutschen Nationalversammlung. Am 12. Februar 1848 hatte der Badenser Baffermann in der badischen Kammer den Antrag gestellt, ein deutsches Parlament einzuberufen. Am 5. März tagten 51 Abgeordnete in Heidelberg und setzten einen Siebenerausschuß ein, der Vorschläge und Vorbereitungen für eine Nationalversammlung treffen sollte, deren erster Zusammentritt am 31. März in Form eines Vorparlamentes in Frankfurt stattfinden sollte. In dieser Zeit aber nahm die Revolution unvorhergesehen ihren Weg über Preußen.

Die Liberalen und Demokraten in Preußen waren seit 1815 schwer enttäuscht, denn Friedrich Wilhelm III. hatte damals zwar das Versprechen gegeben, eine Verfassung zu geben, aber sein Versprechen niemals eingelöst. Jetzt schien die Zeit günstig, den Sohn König Friedrich Wilhelm IV. zur Einlösung des vom Vater gegebenen Versprechens zu veranlassen. Infolge blutiger Zusammenstöße zwischen Bevölkerung und Militär in Berlin erging am 18. März 1848 ein königliches Dekret, in dem die Pressefreiheit gewährt, der vereinigte Landtag auf den 2. April einberufen und die Mitwirkung an der Umwand-

lung des Deutschen Bundes in einen Bundesstaat versprochen wurde. Da kommt es in Berlin zu neuem Blutvergießen, das den König zu weiterem Nachgeben veranlaßt. Am 2. April tritt der vereinigte Landtag zusammen und genehmigt das von der Regierung vorgeschlagene Wahlgesetz zur Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung, die dann am 22. Mai eröffnet wurde. Nach den bekannten französischen Vorgängen entspann sich auch hier ein Kampf zwischen Krone und Volksvertretung. Die Folge waren fortgesetzte Unruhen in der mißtrauisch erregten Bevölkerung, die schließlich dazu führten, daß General Wrangel das Schauspielhaus, in dem die Versammlung tagte, besetzte. Darauf ging die Versammlung nach Brandenburg, und da sie beschlußunfähig war, wurde sie durch königliches Dekret vom 5. Dezember 1848 einfach aufgelöst. Erst nahezu zwei Jahre später erfolgte die Verkündung der neuen preussischen Verfassung, derselben, die bis zum Ausbruch der jetzigen Revolution in Preußen Geltung gehabt hat. Inzwischen hatten nun die Verhandlungen des sogenannten Vorparlamentes in Frankfurt am 31. März 1848 ihren Anfang genommen; man beschloß, im Mai eine deutsche Nationalversammlung in Frankfurt einzuberufen. Das erste, was geschah, war, daß die Radikalen, die die Minderheit hatten, aber für eine deutsche Republik waren, während die Mehrheitsliberalen für die Monarchie waren, austraten. Am 18. Mai fand dann der Zusammentritt jener so berühmt gewordenen Deutschen Nationalversammlung in der Paulskirche zu Frankfurt a. M. statt. Die Aufgabe der Versammlung, in der Männer wie Arndt, Jahn, Uhland, Droysen saßen, bestand darin, Deutschland die Einheit und die politische Freiheit zu geben. Es war ein Verfassungsentwurf ausgearbeitet worden, der ein erbliches Kaiserthum mit verantwortlichem Ministerium, ein Oberhaus und ein Volkshaus vorsah. Die Frage war nur, ob Preußens Herrscher bereit sein würde, zugunsten der zukünftigen Reichseinheit von seinen Hoheitsrechten zu opfern. Um eine vorläufige Reichs-

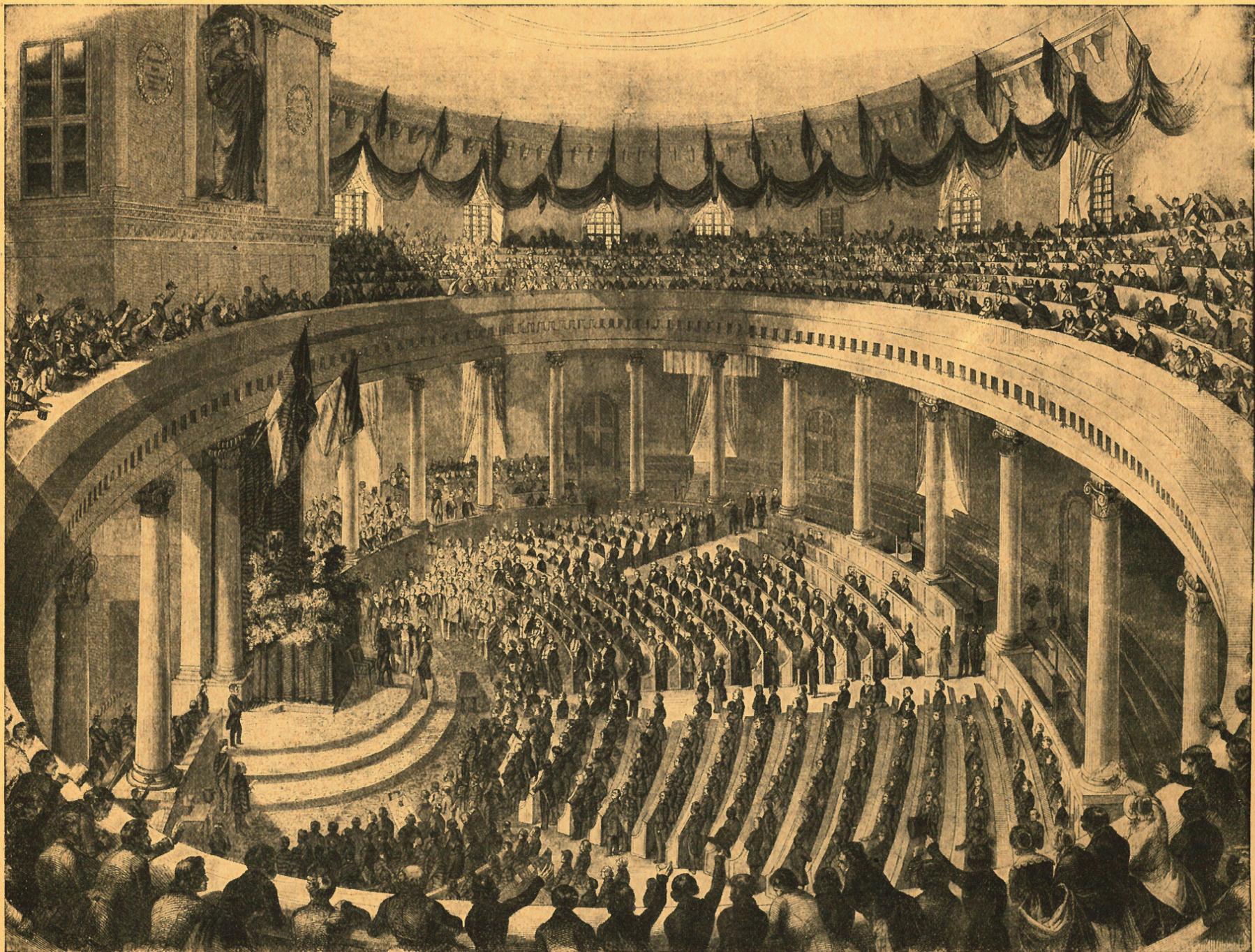
regierung aufzustellen, wählte man den Erzherzog Johann von Oesterreich zum Reichsverweser, dem nach dem Beschluß der Versammlung die Oberleitung der gesamten militärischen Macht der deutschen Staaten zufallen sollte. Die beiden Großstaaten Preußen und Oesterreich dachten aber gar nicht daran, ihre militärische Macht aus den Händen zu geben. Es gewann den Anschein, als ob an den auseinandergehenden Interessen dieser beiden Staaten die ganze Versammlung scheitern sollte. Trotzdem kam es am 27. März 1849 mit einer knappen Mehrheit zu einem Beschluß, der die Verfassung des künftigen deutschen Reichs vollendete und die erbliche Kaiserwürde festlegte. Die Verfassung war durchaus demokratisch. Friedrich Wilhelm IV. von Preußen, dem man die Kaiserwürde anbot, lehnte sie ab. Die Enttäuschung bei allen Freunden der Freiheit und der deutschen Einheit war unermesslich. Eine neue Revolution brach aus, in deren Verlauf das Reichsministerium seine Entlassung gab und Preußen, Sachsen und Hannover ihre Vertreter aus Frankfurt abberiefen. Der Nationalversammlung drohte die Auflösung, und ihr Rest, bekannt unter dem Namen „Rumpfsparlament“, an dessen Spitze Ludwig Uhland stand, ging nach Stuttgart. Dort, auf dem Gang zum Rathaus, wurden die letzten Vertreter, die Reste der ersten deutschen Nationalversammlung, von Kavallerie auseinandergejagt. Es war am 18. Juni 1849.

Das ist mit wenigen nur andeutenden Worten die Geschichte der vier größten Nationalversammlungen. Betrachten wir die heutigen Verhältnisse, so ist eine gewisse Ähnlichkeit mit denen der zweiten französischen Revolution unverkennbar. Möge die Liebe zur Ordnung, zur Freiheit, zur Selbstverwaltung und zu wahren sozialen Fortschritt alle Teile unseres armen, tief gedemüthigten Volkes so stark und gewaltig durchdringen, daß die kommende Nationalversammlung wirklich die ersehnte Rettung bringt und den Aufbau unseres Volkes und unseres Landes gewährleistet!

20. Dezember.



Der große Altar auf dem Eintrachtsplatze bei Kundmachung der französischen Republik zu Paris am 12. November 1848. Zeitgenössischer Holzschnitt aus der „Illustrierten Zeitung“.



Einführung des Erzherzogs Johann von Oesterreich, Reichsverwesers von Deutschland, in der verfassunggebenden Versammlung zu Frankfurt a. M. am 12. Juli 1848. Zeitgenössischer Holzschnitt aus der „Illustrierten Zeitung“.



9. NOVEMBER 1918

Zeichnung von Walther Hammer.

Politische Einzelurteile über die Nationalversammlung.

I. Unabhängiger Sozialist und Nationalversammlung. / Von P. Berten, Redakteur der „Volkszeitung“, Düsseldorf.

Schon am 19. Januar soll sie gewählt werden! Eine auffällige Eile, eine nervöse Hast haftet diesem Faktum an. In wenigen Wochen müssen die Vorbereitungen zur Wahl getroffen werden. Nur rein technische seien erwähnt: Aufstellung und Auslegung der Wählerlisten, Bildung der Abstimmungsbezirke und Wahlvorstände, Herstellung der Drucksachen und der sonstigen, zum ordnungsgemäßen Wahlbetrieb erforderlichen Dinge. Vorbereitungen, die bei den früheren Reichstagswahlen Monate in Anspruch nahmen, müssen jetzt in ebenso vielen Wochen erledigt werden. Und das bei weitaus größerer Wählerzahl gegenüber früher; das bei der ungeheuren Fluktuation der Bevölkerung, hervorgerufen durch Arbeitslosigkeit, Arbeiterverschiebungen, Heimkehr der Truppen; das bei dem in dieser Zeit nicht zu behebbenden Übelstand, daß hunderttausende Wähler, noch nicht heimgekehrte Feldgraue, Kriegsgefangene, nicht an der Wahl teilnehmen können. — Alles das war bekannt, und trotzdem am 19. Januar Wahl! Mußte das sein? Die Befürworter der schleunigen Zusammenberufung der Nationalversammlung rufen: Ja, es muß sein! Die Nationalversammlung muß so bald als möglich zusammentreten, damit Ruhe und Ordnung wiederkehren; damit wir Frieden bekommen, damit die wirtschaftlichen Nöte behoben werden. Wie oft hat das Publikum dies in den letzten Wochen zu hören und zu lesen bekommen! Gleich in den ersten Tagen der Revolution wurde das Wort von der „bald zu berufenden Nationalversammlung“ laut. Warum? War es das von der Überlieferung geleitete Denkschema, da die Revolutionen der Neuzeit bald schnell, bald nach längerer Zeit Nationalversammlungen zu zeitigen pflegten? War es der Gedanke, die durch die plötzliche Machtübernahme durch die Arbeiter- und Soldatenräte aufs äußerste bestürzten und besorgten bestehenden Kreise zu beruhigen? Vielleicht beides! — Kaum war aber die Losung gegeben, da begann in der bürgerlichen und rechtssozialistischen Presse der Kampf gegen die Arbeiter- und Soldatenräte, die Werbung für die schleunige Zusammenberufung der Nationalversammlung. — Zwar kann im Ernst niemand behaupten, daß unter dem Regime der Arbeiter- und Soldatenräte die Ordnung erheblich gestört sei, daß Leben und Eigentum der Bürger schlechter geschützt seien als früher; daß eine unerträgliche Miswirtschaft eingetreten habe. Aber was bedeuten Tatsachen gegenüber der suggestiven Wirkung tagtäglich wiederholter, durch eine interessierte Presse bis in die entlegensten Winkel des Landes verbreiteter unwahrer Behauptungen? Wir haben diese Wirkung während der bitteren Kriegszeit gesehen, als es galt, die wahnsinnige Kriegspolitik in all ihren Wechselfällen dem Volke als richtig aufzuschwächen. — Die Suggestion glückte auch jetzt! Sie bewirkte, daß Nationalversammlung gleichgesetzt wurde mit politischem und wirtschaftlichem Ordnungszustand, mit Frieden und Brot! — Geradezu widerlich wirkte bei diesem Pressefeldzug die fortwährende Berufung auf angebliche Forderungen und Wünsche der Entente. War nun der Krieg einmal zuungunsten Deutschlands

beendet, so hätte die Macher der öffentlichen Meinung, wenn nichts anderes, so doch das Gefühl der Würde zurückhalten sollen, tagtäglich dem Publikum mit dem Mißfallen des Siegers zu drohen; ihm tagtäglich mit geschäftiger Ausdringlichkeit zu empfehlen, nur ja nichts zu tun, was dem Sieger unangenehm sein könnte. Doch haben die Akteure dieser Aktion wohl kaum bedacht, wie gefährlich ihr Beginnen, welche böses Angebinde sie der kommenden Nationalversammlung in den Schoß legen. — Welche bittere Enttäuschung wird den Massen bereitet, wenn sich sehr bald zeigt, daß die schleunige Zusammenberufung der Nationalversammlung die gepriesene Wirkung nicht hat? — Gewiß, der Frieden wird abgeschlossen, weil Deutschland den Frieden braucht; aber daß die Entente nur Frieden schließen will mit einem Deutschland, das mit einer Nationalversammlung beglückt ist, ist aufgelegter Schwindel. Bleibt die Beseitigung der wirtschaftlichen Nöte! Kann die Nationalversammlung sie im Handumdrehen beseitigen? Nein, ebensowenig wie es eine auf dem Räteystem aufgebaute Regierung könnte. Eher noch weniger. Der furchtbare Weltkrieg war eine Frucht des über sich selbst hinausgewachsenen Kapitalismus. Mit dem militärischen Zusammenbruch krachte in Deutschland auch die kapitalistische Produktionsweise zusammen. — So vollständig und plötzlich ist dieser Zusammenbruch eines ökonomischen Systems, wie es die Weltgeschichte noch nie gesehen. Einen Ausweg aus diesem Chaos zeigt nur der Sozialismus, die Sozialisierung der Wirtschaft. Diese ist aber von einem aus der Revolution geborenen, von den proletarischen Trägern der Revolution gebildeten Räteystem eher zu erwarten als von einer Nationalversammlung, die in Eile und Hast von größtenteils politisch und wirtschaftlich nicht aufgeklärten Wählern und Wählerinnen gewählt wird. Doch mit den Tatsachen muß man sich abfinden. Die Nationalversammlung kommt. Sie soll die Verfassung für das zukünftige Deutschland geben, soll das zerschlagene und zerrissene Deutschland einschließlich Deutsch-Osterreichs zu einem einheitlichen, festgliederten Staatsgebilde machen; soll Wege zeigen, aus dem wirtschaftlichen Trümmerhaufen, dem bösesten Erbsück des Kriegswahnsinnes, einen wohlgefügtten Bau nationaler Produktion zu errichten. Wie wird die Nationalversammlung diese Aufgaben lösen? Wird sie die sozialistische Republik fest verankern? Die zur Gesundung des Wirtschaftslebens notwendigen Sozialisierungen mit allen Kräften betreiben? Wird sie radikalen Eingriff verüben in das kapitalistische Eigentum? — Ist die Nationalversammlung infolge ihrer Zusammensetzung nicht imstande, diese Maßnahmen zu treffen, ist ihr Dasein verfehlt. Anstatt zur Ruhe und Ordnung zurückzukehren, wird das in seinen Erwartungen bitter getäuschte arbeitende Volk sich aufbäumen gegen ein Parlament, das sich den Anforderungen der Zeit nicht gewachsen zeigt. Eine starke Vertretung des entschiedenen Sozialismus in der Nationalversammlung kann diese Gefahr auf ein Mindestmaß herabdrücken.

21. Dezember.

II. Mehrheitssozialist und Nationalversammlung. / Von Heinrich Schulz, bisher Mitglied des Reichstages.

Die Sozialdemokraten sind, wie es schon in ihrem Namen zum Ausdruck kommt, Demokraten mit Bewußtsein und aus innerer Überzeugung. Sie wollen alle öffentlichen Angelegenheiten dem Mehrheitswillen unterstellen. Allerdings fassen sie das demokratische Prinzip nicht rein formalistisch auf. Sonst hätten sie auch die Entscheidung, die das deutsche Volk am 9. November 1918 gefällt hat, von einer vorhergehenden Volksabstimmung abhängig machen müssen. Es gibt aber auch im Leben und Wirken der Völker aufgestaute Energien, die, wenn sie eines Tages elementar zum Durchbruch gelangen, ihre Berechtigung durch die Kraft begründen, mit der sie sich durchsetzen, und durch die neuen Tatsachen, die sie schaffen. Ob diese Tatsachen von Dauer sind und zur Grundlage einer neuen Entwicklungsperiode werden, muß der weitere Verlauf der Dinge ergeben. — Das gilt auch für die revolutionäre Bewegung vom 9. November; sie trägt ihre geschichtliche Berechtigung in sich, wenn auch für ihren Ausbruch und ihren Verlauf die Zustimmung des deutschen Volkes nicht vorher eingeholt werden konnte.

Wohl aber muß das Einverständnis des Volkes mit der neuen Lage der Dinge nachträglich sobald als möglich herbeigeführt werden. Nur dann kann eine Revolution mit ihren wichtigen sozialen und politischen Ergebnissen als gesichert gelten, wenn sie von der großen Mehrheit des Volkes anerkannt wird. Damit werden auch die formal ungesetzlichen Handlungen eines formal in der Minderheit befindlichen Volkskörpers legalisiert. Diese Minderheit muß in Wirklichkeit schon den Willen der Mehrheit des Volkes erfüllen, sobald sie die revolutionäre Bewegung beginnt. Gerade dadurch gewinnen die Wirkungen der Bewegung eine unüberwindliche Kraft für die Zukunft, während umgekehrt, wie die Geschichte lehrt, revolutionäre Bewegungen, selbst wenn sie mit Schwung beginnen, sehr bald an Wirkungskraft einbüßen, wenn sie nur Bewegungen einer tatsächlichen Minderheit sind und die große Mehrheit des Volkes sich nicht sofort geschlossen hinter sie stellt. — Aus diesem Grunde haben die Sozialdemokraten der alten Partei, die sogenannten Mehrheitssozialdemokraten, vom Augenblick des Ausbruchs der Novemberrevolution an mit Energie verlangt, daß sobald als möglich eine deutsche Nationalversammlung einberufen werde. — Sie haben gleichzeitig dem deutschen Volke für die Wahl zu dieser Körperschaft ein Wahlrecht gegeben, wie es gleich, allgemein und frei in keinem anderen Staate der Welt existiert. Alle Männer und Frauen, die über zwanzig Jahre alt sind, sollen zur Nationalversammlung wählen. Die große Erweiterung des Wahlrechts gegenüber dem früheren Reichstagswahlrecht und fast allen Wahlrechten in anderen Ländern besteht in der restlosen Einbeziehung der Frauen und der Jugendlichen vom zwanzigsten bis zum vierundzwanzigsten Lebensjahre.

Diese Vermehrung der Wahlberechtigten durch zwei Gruppen, von denen die eine bisher überhaupt noch niemals wahlberechtigt gewesen ist, während die andere allerdings ein gewisses Stadium der Vorbereitung für dereinstige Wahlberechtigung darstellte, ist vor der Novemberrevolution von fast allen Volkskreisen außerhalb der Sozialdemokratie für unmöglich erklärt worden. Die Frauen seien politisch zu ungeschult, sagten die milderen Beurteiler; sie gehörten überhaupt nicht in die Politik, behaupteten die starren Anhänger der alten patriarchalischen Familienauffassung; ebensowenig hätten unge Leute in der Politik schon ein Urteil abzugeben.

Nachdem die Revolution eine kategorische Entscheidung zugunsten dieser beiden Gruppen gefällt hat, sind die Bedenken verstummt, und es finden sich jetzt auch solche Parteien und Bevölkerungsgruppen mit der Neuordnung ab, die sie bisher bekämpft haben.

Die Sozialdemokratie steht aus grundsätzlicher Überzeugung auf dem Boden dieser Neuordnung, sie vertritt die volle Gleichberechtigung der Geschlechter im öffentlichen Leben und hält für unser gesamtes wirtschaftliches und kulturelles Sein die Mitwirkung der Frauen in der Gesetzgebung und im übrigen öffentlichen Leben für notwendig. Sie unterschätzt nicht die Gefahr, die darin liegt, daß die Frauen nach jahrhundertelanger politischer Entrechtung plötzlich zu voller politischer Mitwirkung und Verantwortung herangezogen werden, aber sie glaubt, daß diese Besorgnisse vor dem großen Vorteil der restlosen Gleichberechtigung der Frauen mit den Männern schweigen müssen. Die politische Mitwirkung der Frauen ist zugleich auch das beste politische Erziehungsmittel für sie.

Was aber jugendlichen Wählern an Reife und Lebenserfahrung abgeht, ersetzen sie voll auf durch die größere Elastizität und durch die Frische und Unmittelbarkeit, über die dieses Lebensalter noch verfügt. Die politische Neugestaltung, vor der wir stehen, kann durch diese Faktoren nur gewinnen. Außerdem kann man jungen Männern, die während des Krieges ihr Leben und ihre Gesundheit für das Vaterland zur Verfügung gestellt haben, und jungen Mädchen, die zu Hause durch überlange Arbeit dem Lande genützt haben, nicht das Recht vorzuziehen, für ihr Land und Volk mitzuraten und zuzutaten.

Die Nationalversammlung hat also zu legalisieren, was die Revolution mit ungezügelter Gewalt den überlieferten Gewalten abgetrotzt hat. Sie braucht zu diesem Zwecke eine sozialdemokratische Mehrheit oder zum mindesten doch eine unzweifelhaft demokratische Mehrheit, die unter der Führung der Sozialdemokratie die durch die Revolution geschaffenen Tatsachen sichert und fortentwickelt. Dazu gehört als nächste und unmittelbare praktische Arbeit die unbedingte Sicherung der Revolution in Deutschland durch Schaffung einer demokratisch-republikanischen Verfassung; ferner die sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung unseres Wirtschaftslebens und endlich die Durchführung der Demokratie in der gesamten Verwaltung, in allen öffentlichen Körperchaften und in unserem Kulturleben.

Ob die Verfassung eine einheitliche großdeutsche Republik aufbauen oder lediglich unter Verwendung des alten Staatenbundes einen Umbau des alten Reichs versuchen wird, ist noch eine offene Frage, die sofort nach dem Zusammentritt der Nationalversammlung beantwortet werden muß; ich hoffe, die Antwort fällt zugunsten der einheitlichen Republik aus. — Die Sozialisierung kann nicht sofort und auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens vorgenommen werden, sie muß schrittweise erfolgen und dort einsetzen, wo die wirtschaftliche Entwicklung bereits die notwendigen Voraussetzungen geschaffen hat; andernfalls würde man unreife Früchte vom Baume reifen und damit dem deutschen Volke die übelsten Beschwerden verursachen. — Die Demokratisierung unseres gesamten öffentlichen Lebens, auch unseres Kulturlebens im engeren Sinne, also der Künste und Wissenschaften, aber ist eine Notwendigkeit, wenn das deutsche Volk die inneren Kräfte erlangen soll, die es zum Wiederaufbau und zur Rettung aus dem tiefen Elend der Gegenwart braucht. Das alte überwundene System hatte diese Kräfte gebunden. Die Demokratie wird zeigen, zu welchen Leistungen auch ein im Kriege überwundenes Volk imstande ist, wenn es Kopf und Hände zu segensreicher Friedensarbeit ungehindert regen kann.

20. Dezember.



Die Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte vom 16. bis 20. Dezember, die den Termin der Not-
 Auf der Bundesratsstraße von links nach rechts, sitzend: Cohen-Reuß, die Volksbeauftragten Scheidemann, Haase, Ebert, Barth; dahinter, stehend von links nach rechts: Stoeffinger, Wurm, Dr. K. ...
 auf dem Präsidentenstuhl: Leinert-Hannover, Oberbürgermeister. Vor dem Rednerpult stehend: Volksbeauftragter Dittmann. Auf der



Nationalversammlung auf den 19. Januar 1919 festsetzte. Nach der Natur gezeichnet von Felix Schwormstädt.

Herzfeldt, Dr. Oskar Cohn (sich zu Ebert beugend), Volksbeauftragter Landsberg. Am Präsidentsitz von links nach rechts, sitzend: Gomolka, Delegierter der Westfront, Redakteur Seger, Leipzig, der rechten Balkonseite an der Ecke sitzend: Ledebour; in der gleichen Reihe der Dritte: Matrose Lebianth, der Siebente: Hans Paasche.

III. Die Hauptaufgaben der Nationalversammlung. / Von Professor Otto Hoetzsch.

Die Revolution stellt uns auf der verfassunggebenden Nationalversammlung die selbe Aufgabe, die unsere Großväter 1848 in der Paulskirche lösen wollten. Aber viel gewaltiger ist heute der Strom, der das Verlangen einer Neugestaltung trägt. Damals nur die Ansätze des Bürgertums und die Intelligenz, heute zu beiden die Arbeiterschaft, die in breiter Masse, jahrzehntelang im Klassenkampf geschult, ihren Einfluß auch im Verfassungsbau des neuen Deutschlands entscheidend sicherstellen will. Der Ausgang des Krieges hat das Haus der Verfassung, das Bismarck aufbaute, zertrümmert. Es hat heute keinen Zweck, mit Schmerz in die Vergangenheit zurückzublicken, sondern alles soll, nach vorwärts schauend, seine Stelle in der großen Vorbereitungsarbeit für die Nationalversammlung suchen, die uns ein neues Reichshaus bauen will. Auch in Rußland, dessen revolutionärem Vorbild Deutschland folgt, trat eine Nationalversammlung zusammen, aber nach dreivierteljähriger Vorbereitung wurde sie am ersten Tage von den Bolschewiki auseinandergerissen. Wir erwarten und hoffen bestimmt, daß unsere Nationalversammlung frei von den Einflüssen der Straße ihr schweres Werk tun und mit Erfolg krönen kann.

Der Rahmen, der 1870 in der Verfassung gezogen wurde, entsprach 1914 tatsächlich nicht mehr ganz seinem Inhalt. Die Stellung des Kaisers zu den Bundesfürsten hatte sich verschoben, der Einfluß des Parlaments war trotz aller Hindernisse über die Verfassung hinausgewachsen und die Bedeutung des Reiches trotz der den Einzelstaaten vorbehaltenen Gebiete ungemein gestiegen. Wir können nicht leugnen, daß ein gewisses Gefühl der Unbehaglichkeit in uns war, wenn wir das Verfassungsleben in Reich und Einzelstaaten vor dem Krieg und noch mehr im Krieg verfolgten. Das Amt des Reichskanzlers passte für Otto v. Bismarck, aber es war für jeden seiner Nachfolger zu groß, vor allem im Kriege. Wir brauchen tatsächlich Reichsminister und konnten sie nicht schaffen, weil die Verfassung unübersteigliche Hindernisse in dem Verhältnis von Kaiser, Bundesrat, Kanzler errichtet hatte. Darunter hat vor allem die Reichsverwaltung im Kriege gelitten; mit einem gewissen Recht hat man direkt von der Anarchie in der Reichsverwaltung gesprochen. Und wie 1848 der Verfassungskampf sich um das Verhältnis von Preußen und Österreich drehte und man sah, daß ein einheitliches Reich mit zwei Großstaaten nicht möglich war, so entstanden nach 1870 Schwierigkeiten und Hemmungen aus dem Verhältnis zwischen dem Reich und Preußen. Wir müssen heute zugeben, was ahnender Scharfblick schon vor zwei Menschenaltern vorausah, daß eine lebendig und hemmungslos arbeitende Reichsverfassung, die noch einen Großstaat, nämlich Preußen, umfaßt, nicht recht möglich war. — Friedrich der Große hat einmal von der „Nation prussienne“ gesprochen; ein Preußentum ist — wir wissen es alle — tatsächlich in jahrhundertelanger Geschichte entstanden mit seiner großen moralischen und vaterländischen Kraft. Aber die letzte Probe hat der preussische Staat nicht voll bestanden. Es ist ihm nicht gelungen, seine verschiedenartigen Bestandteile reiflos miteinander zu verschmelzen. Wir wissen alle, was der tiefe Unterschied zwischen Wesen und Osten in Preußen immer noch bedeutet. Weder ist Preußen in Deutschland aufgegangen, noch ist es innerlich zum einheitlich verschmolzenen Staatswesen geworden.

Was soll nun werden? Ein neuer Bund einzelner staatlicher Glieder. Das deutsche Volk — und das ganze Volk, nicht eine einzelne Klasse soll die neue Staatsform bestimmen — und hoffentlich mit Einschluß der deutsch-österreichischen Brüder, will sich souverän seinen Staat neu schaffen. Es wird hoffentlich und sicherlich nicht zum Einheitsstaate kommen, wie Frankreich einer ist, sondern wird versuchen, die berechnete Selbst-

ständigkeit seiner einzelnen Stämme mit dem einheitlichen Reichsganzen zu verbinden. Ein Bund gleichberechtigter und lebensfähiger Gliedstaaten soll entstehen. Suchen wir, um Anhalt und etwas Vorbild zu gewinnen, so bietet sich dafür von den verfassunggebenden Versammlungen, die die Geschichte kennt, weder eine der drei französischen noch die belgische, dagegen die deutsche von 1848 und zudem die nordamerikanische von Philadelphia im Jahre 1787, die die Verfassung der Vereinigten Staaten schuf. Wie damals, heißt es für uns heute — das Wort hat George Washington gesprochen —: „Wir haben nur die Wahl zwischen der Annahme der Verfassung und der Anarchie.“ Noch ist nicht ganz klar, ob die Reichsversammlung die Verfassung souverän beschließt und dazu das Reich ganz neu einteilen und gliedern wird, ob sie die Einzelstaaten im Umfang, wie sie heute sind, bestehen läßt, ihnen aber die Annahme der Verfassung einfach auferlegt, oder ob die bisherigen Einzelstaaten, von denen manche ihre Konstituante schon gewählt haben, die neue Reichsverfassung erst annehmen, ratifizieren sollen. Eine schwere Aufgabe, vor allem wichtig in der Frage, ob der preussische Staat im ganzen — mit dem gleichen Wahlrecht wie das Reich — weiterbestehen wird, oder ob eine Neugliederung des Reichs den preussischen Staat in seine Teile zerlegen wird. Spricht man doch schon von einer Rheinisch-Westfälischen Republik, vom Bemähen, Hannover mit Oldenburg und Bremen zusammenzulegen, und auch aus dem Osten, aus Ostpreußen, ist eine ähnliche Stimme erklingen.

Ein Labyrinth von Fragen tut sich auf. Den Faden gibt uns der Gedanke, daß ein Bund entstehen soll. Und wie wir wiederholen, hoffentlich mit Einschluß der Donau-Deutschen. Aber nicht das allein ist die Aufgabe der Verfassungsgeber. Die neue Verfassung muß auch eine wirklich starke Staatsgewalt schaffen. Kaisertum und Monarchie sind heute in Deutschland zusammengebrochen. Auch wer die Monarchie für die Staatsform hält, die unserm deutschen Volk am besten paßt, fügt sich unbedingt, wenn die verfassunggebende Versammlung eine deutsche Republik beschließt. Nur muß diese Republik eine starke, gesetzlich begründete ausführende Staatsgewalt schaffen, wie es den Vereinigten Staaten mit ihrem Amte des Präsidenten gelungen ist. Nordamerika ist eines der freiesten Länder der Welt, seine Verfassung republikanisch, liberal, freiheitlich, wie man es sich nur wünschen kann, aber was seine ausführende Staatsgewalt, was der Präsident in ihm bedeutet, das haben wir im Kriege erfahren. Wie ein Diktator konnte er sie kraft seines Amtes für den Krieg einsetzen, durch die sein Ausgang gegen uns entschieden wurde. Ob das amerikanische Vorbild, das Verhältnis von Parlament und Präsident, vollkommen für das neue Deutschland paßt, wollen wir nicht bestimmt sagen. Aber vorbildlich könnte uns die Verbindung zwischen Freiheit des einzelnen und starker Staatsgewalt, die die Verfassung der Vereinigten Staaten zustande gebracht hat, wohl sein. Denn die Verfassung soll doch nicht nur dem einzelnen und dem Volke freie Einrichtungen schaffen und gewährleisten, sondern zugleich auch einen Staat zustande bringen, der Autorität im Innern und Macht nach außen besitzt. Wandervoll hat das in der Paulskirche der Geschichtsschreiber Dahlmann gesagt mit Worten, die an den Wänden des Beratungsraumes der kommenden deutschen Nationalversammlung stehen sollten: „Sind Sie lediglich hierhergekommen, um die Freiheit von Deutschland zu gründen? Sie sind es nicht! Wohl stehen Ihre Absichten unerschütterlich fest, die Freiheit von Deutschland zu gründen. Aber nicht die Freiheit allein. Sie sind mit ebendem inneren Drang hierhergekommen, um die Macht des künftigen Deutschlands zu gründen, damit Deutschland auf der Grundlage der Volksfreiheit als politische Größe erste.“ 17. Dezember.

IV. Die Frauen und die Nationalversammlung. / Von Dr. phil. Helene Stöcker.

An der deutschen Revolution haben sich die Frauen, soweit sich das heute übersehen läßt, nur in geringerem Maße beteiligt. Das liegt an ihrem bisherigen Charakter, dem der Frauen wie der Revolution.

Nun hat die neue sozialistische Regierung als erstes das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für die Frauen verkündet. Das war die Konsequenz einer wahrhaft demokratischen Staatsgesinnung, deren Sinn und Zweck ja eben darin besteht, möglichst alle Mitglieder des Volkes an der Verwaltung des Staates teilnehmen zu lassen, sie alle mit zur Verantwortung in irgendeiner Form heranzuziehen. Leider hat aber die Revolutionsregierung selbst bisher von dem aktiven und passiven Wahlrecht, das sie den Frauen gegeben hat, herzlich wenig Gebrauch gemacht. Das heißt, wir sehen bis heute keine Frau — auch keine Angehörige der jetzt am Ruder befindlichen Sozialdemokratischen Partei — mit in der Regierung. Das scheint mir ein bedauerlicher Fehler der Regierung zu sein, so sehr man ihn auch durch die Eile, mit der die Regierung gebildet wurde, entschuldigen mag. Aber eine wirklich demokratische Regierung, die sich über die Schranken des Geschlechtes erhoben hätte, der die Gleichberechtigung der Frau nicht nur eine Theorie, sondern eine von Blut und Leben erfüllte innere Notwendigkeit gewesen wäre, hätte doch wohl nicht darauf verzichtet, ihr durch die Tat selbst sichtbaren Ausdruck zu geben. Daß hier und dort aus den Arbeiterbetrieben ein oder zwei Frauen unter vielen hundert Männern in den Arbeiterrat auch gewählt wurden, ändert am Gesamteindruck und Gesamtergebnis natürlich gar nichts. Auch daß hier und da vielleicht eine Frau zur Hilfsarbeit herangezogen wurde, ebenfalls nichts. Diese einfache Tatsache, die gewiß ohne böse bewusste Absicht geschehen ist, beweist aber leider doch — so gern ich persönlich darauf verzichten würde — daß neben der sozialistischen Bewegung noch eine Bewegung der Frauen notwendig ist, die ja natürlich die Vertreter des Sozialismus weit mehr und in erster Linie Kämpfer gegen bestimmte Klassenprivilegien wie gegen bestimmte Geschlechtsprivilegien sind. Sehr schwierig wird durch diese psychologische Tatsache auch die Stellung der Frau zur Nationalversammlung und in der Nationalversammlung. Denn wenn durch diese erste Regierung so sichtbar geworden ist, wie schwer man daran geht, die Frauen zur verantwortungsvollen Mitarbeit heranzuziehen, was soll man dann von den mehr rechts stehenden Parteien erwarten können, die ja niemals mit gleicher Entschiedenheit wie die Sozialisten die Gleichberechtigung der Geschlechter vertreten haben?! So ist danach auch leider nicht zu hoffen, daß eine größere Anzahl von Frauen in die Nationalversammlung gelangt, wenn man sich auch vielleicht entschließen wird, von jeder Partei einige weibliche Vertreter notgedrungen aufzustellen. Schwieriger noch wird die positive Mitarbeit aber für alle jene, denen die augenblicklichen politischen und Parteiverhältnisse die reiflose Einfügung in die bestehenden Parteien nicht gestatten. Das trifft meiner Kenntnis nach für eine ganze Anzahl von ausgezeichneten Frauen zu. Vielleicht gerade auf eine Anzahl derjenigen, die es mit der Verantwortlichkeit für das Wohl des Ganzen am ernstesten meinen. Man kann zum Beispiel das Programm der Demokratischen Partei recht vernünftig finden, aber der Meinung sein, daß eine Reihe von Persönlichkeiten, die sich ihr zugesellt haben, und die wir aus ihren Handlungen während des Krieges insbesondere in wenig erfreulicher Erinnerung haben, eine wirkliche ersprießliche Durchführung dieses Programms nicht eben wahrscheinlich macht. Und wer, wie eine Anzahl von Frauen, die unterschiedene Kriegsgegner waren, sich eben nicht den Mehrheitssozialisten anschließen kann, deren Haltung während des Krieges nicht mit der Energie und Klarheit, wie es nötig war, sich gegen die Kriegspolitik gerichtet hat, der wird in bezug auf ihre Kriegesablehnung gewiß mit den unabhängigen Sozialdemokraten übereinstimmen. Für wen aber wirtschaftliche Probleme nicht in erster Linie im Mittelpunkt seiner Interessen stehen, der wird sich vielleicht nicht zuständig fühlen, jetzt in der Frage der Sozialisierung Stellung zu nehmen, die ja nun im Vordergrund steht und doch in der Tat zunächst eine An-

gelegenheit von Fachleuten ist. Nun liegt es in der Natur einer Weltanschauung, der allein „Kultur und Barbarei Dinge von höchster Bedeutung sind“, daß diese die Gesinnung, das Wesen des Menschen für wesentlich hält als alle wirtschaftlichen Fragen.

Eine Kulturpartei, die alle diejenigen in sich vereinigen könnte, deren Interessen und Augenmerk in erster Linie auf kulturell-ethischem Gebiet liegen, läßt sich natürlich in so kurzer Zeit nicht schaffen, und so bleibt denn nur übrig, daß die Frauen sich dort als Wählende für die Nationalversammlung anschließen, wo sie glauben, daß die besten Voraussetzungen gegeben sind, durch den geeigneten wirtschaftlichen Aufbau auch die ideologischen Voraussetzungen für eine höhere Kultur zu erfüllen. Ein großer Verlust bleibt, daß die große Eile, mit der die Nationalversammlung der allgemeinen schwierigen Lage wegen einberufen wird, keine Zeit läßt, genügend aufgeklärte Frauen in die Nationalversammlung zu entsenden. Denn darüber dürfen wir uns doch keine Illusionen machen: Die Nationalversammlung wird, je schneller sie einberufen wird, um so mehr dem alten Reichstag ähnlich sein, wird manche Persönlichkeit wieder mit hineinführen, von der wir sagen müssen, daß sie durch ihr Verhalten zu dem unsäglich traurigen Zusammenbruch des Deutschen Reiches mit beigetragen hat. Trotz dessen wird eine intensive Arbeit, eine rege Teilnahme der Frauen an der Arbeit der Nationalversammlung sowohl als auch an der Vorbereitung für eine spätere künftige Nationalversammlung einsehen müssen: für diejenige, die nicht nur zu liquidieren, sondern wieder neu aufzubauen hat. In diese nächstfolgende können dann hoffentlich die Frauen alles das hineintragen, was sie an Werten von der Natur und durch die Entwicklung der Jahrhunderte sich bewahrt und errungen haben sollten: die Frische und Unmittelbarkeit der Auffassung, die Kraft des Willens derer, die lange haben leiden und kämpfen müssen, die lange benachteiligt waren, und die Milde und Reife des Verständnisses derer, die wahrhafte Güte besitzen. Der ungeheure Haß, der sich zwischen den feindlichen Völkern erst und nun zwischen den verschiedenen Schichten des Volkes selbst zu entladen scheint, bedarf so dringend einer Gegenwirkung, wenn wir uns nicht alle in wilder Selbstzerstörung vernichten wollen. Aufgabe der Frau scheint es mir in erster Linie, für den Abbau dieses Hasses auch im politischen Leben zu wirken. Das schöne Wort der Deutschfranzösin Frau v. Staël gilt niemals mehr als heute in dieser Zeit, in der wir unversehens aus dem größten aller bisherigen Völkerkriege in den ebenso intensiven Bürgerkrieg der ganzen Welt zu geraten drohen: „Alles verstehen, heißt alles verzeihen. Tiefe Empfindung verleiht große Güte.“ Dem bisherigen Parteiwesen hat die Fähigkeit, auch dem Segner gerecht zu werden, so intensiv gefehlt, daß man sich nicht einmal der Verpflichtung dazu mehr bewußt gewesen zu sein scheint. Und derjenige, der sich bemüht, alle diese Richtungen ihrem innersten Wesen nach — nicht nur durch die Verzerrungsspiegel gegnerischer Auffassungen — zu sehen, findet sich heute nur vereinzelt und einsam. Und doch muß es gelingen, eine Synthese zu finden zwischen dem tatkräftigen Willen zur Erreichung der eigenen als höchstes Ideal erkannten Ziele und der Fähigkeit, auch die Ziele des Gegners gerecht zu würdigen. Nur das unablässige Streben danach wird es vermögen, die ungeheuren Klüfte zu überbrücken, die sich heute schon zwischen den einzelnen Klassen aufgetan haben, und wovon wir in der leidenschaftlichen Beschuldigung der jeweiligen extremsten Parteien, daß die anderen — die Segner — „Landes- und Hochverrat“ begehen, nur das deutlichste Zeichen erblicken.

In eine schwere Zeit, in die schwerste vielleicht, die Deutschland je erlebt hat, fällt für die Frauen die Mitverantwortung für die erste Nationalversammlung. Es wird die Pflicht aller derer sein, denen die Entwicklung der Frau, wie die Entwicklung der Menschheit überhaupt, besonders am Herzen liegt, und denen mit Goethe allein „Kultur und Barbarei Dinge von höchster Bedeutung sind“, diese Entwicklung der Frau und ihre Teilnahme am öffentlichen und politischen Leben so zu lenken, daß wir dadurch dem höchsten Ziel: der Versöhnung von Staat und Kultur — der Überwindung jeder Art von Barbarei durch die Kultur, ein gutes Stück näherkommen. 18. Dezember.

Das politische Einzelurteil, um das wir Freiherrn von Rechenberg bitten, traf nach Redaktionschluß ein. Es konnte noch auf Seite 54 wiedergegeben werden.



Zeichnung von Walther Hammer.

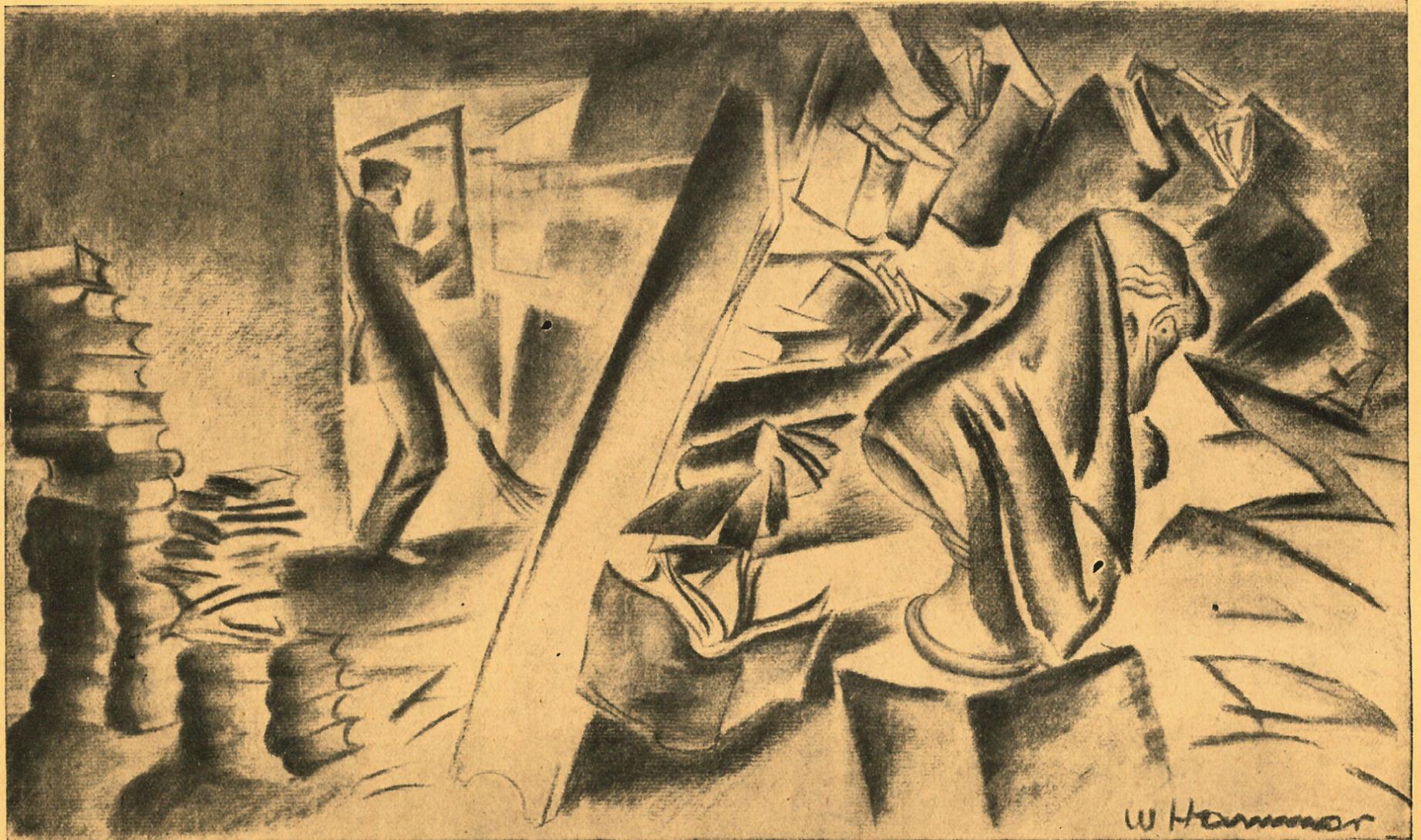
Staatsrecht und Nationalversammlung. / Von Professor Dr. Richard Schmidt.

Die Nation steht vor einer hohen, aber zugleich unermesslich schweren Aufgabe. Nach Zertrümmerung der alten Form ihres politischen Lebens muß sie sich die unentbehrliche neue schaffen — muß sie sich schaffen unter den denkbar schwersten Bedingungen, notleidend an den Mitteln ihrer physischen Existenz, waffenlos und ohnmächtig gegen ihre äußeren Feinde, die sie in aller Not mißtrauisch weiterbedrängen. Jeder einzelne Deutsche muß sich deshalb mindestens darüber volle klare Rechenschaft ablegen, was der Augenblick der Neukonstituierung, was das Werk, das eine „Nationalversammlung“ zu leisten hat, bedeutet. Nur dann wird ihm der Anteil, den er selbst, der einzelne, bei der Bildung des nationalen Willens und seines Organs leisten soll, in seinem Gewicht und Ernst voll zum Bewußtsein kommen.

Die Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung und die Wahl ihrer Mitglieder dürfen nicht mit der Bildung eines neuen Reichstags verglichen werden, wie wir sie bisher in den regelmäßigen fünfjährigen Abständen zu vollziehen pflegten, damit die Volksvertretung die gerade drängenden gesetzgeberischen Aufgaben erledige und der Regierung, den Ministern, im Rahmen der Aufstellung des Staatshaushalts über ihre laufende Verwaltung die Rechenschaft abnehme. Diese regelmäßige Tätigkeit unserer Parlamente erfüllte sich auf der Grundlage der bestehenden Verfassung, als Verwirklichung von Befugnissen und Pflichten, die die allgemeine Regel, das geltende Recht, vorgezeichnete. Jetzt aber soll eine Repräsentation, ein Vertrauensrat des deutschen Volkes

vorgang vollzieht sich da, nichts im geregelten Verlauf Wiederkehrendes, sondern ein einzigartiges, isoliertes, vollkommen außerordentliches Ereignis des sittlichen Lebens. Außerordentlich, mit nichts vergleichbar, deshalb auch der Entschluß des Volkes, einen kleinen Kreis ihrer Genossen auszuwählen, um ihnen das Vertrauensamt der Feststellung des neuen Grundgesetzes zu übertragen — der Entschluß zur Wahl der Nationalversammlung.

Freilich, die Einzigartigkeit und Außerordentlichkeit des Vorgangs begründet zugleich für die, denen die Funktion der Neukonstituierung übertragen wird, eine Verantwortung von ungemeiner Schwere. Weil jedes Verfassungswerk seiner Natur nach auf Trümmern Neues aufbauen muß, verfallen seine Träger nur zu leicht dem Wahn, als ob ihr Werk auch innerlich voraussetzungslos wäre, als ob die vom Volk Beauftragten dabei frei schalten, ihren persönlichen Idealen oder gar Vorteilen unbegrenzt nachgehen dürften. Das eben Gesagte zeigt nunmehr, wo auch für eine solche, zum Schaffen neuen Rechts berufene Macht die Schranke gezogen ist. Arbeitet eine konstituierende Nationalversammlung auch in einem rechtslosen Raum, während eines Interregnums der staatlichen Normen, der Rechtsordnung, — die Volkssitte, die Regelordnung, die kraft aller Überlieferung in der Überzeugung der unorganisierten Volksschichten eingewurzelt ist, bindet auch sie. Was in dem überlebten älteren Zustand als wertvoller Bestand nationaler Einrichtungen vorhanden war, müssen sie in das neue Gebäude einzumauern wissen. Auch für die bedürfende konstituierende Vertreterversammlung Deutschlands gilt das, und zweierlei



DER LUFTZUG IN DER AKTENKAMMER

geschaffen werden außerhalb der Regel, unabhängig von bestehendem Recht; sie soll selbst erst eine neue Staatsrechtsordnung, eine neue Grundlage der staatlichen Gewalten erzeugen. Man redet zwar von einem „Recht der Selbstbestimmung“, das ein Volk durch seine nationale Repräsentation ausübt. Aber dieses Recht gehört nicht zu denen, die in den Paragraphen geschriebener Gesetzbücher erteilt und von den gesetzlich anerkannten staatlichen Gewalten geschützt werden. Denn zum normalen Rechts- und Staatsleben einer bürgerlichen Gesellschaft gehört der wechselseitige Zusammenklang von Recht und Macht innerhalb der obersten Gewalten: der Träger der höchsten Gewalt muß von staatlicher Regel anerkannt und er muß andererseits stark genug sein, die staatliche Regel durch Befehl und Zwang aufrechtzuerhalten. Gerade daran aber fehlt es in einer Zeit der Erschütterung wie der, in der wir stehen. Durch Anstoß von außen und durch innere Zerkleinerung hat die bisherige Staatsgewalt ihre Macht eingebüßt; die Wucht der historischen Tatsachen, der sich auch der nicht entziehen kann, der persönlich ihren Sturz beklagt, hat ihre rechtliche Anerkennung zu etwas Sinnlosem herabgedrückt. Aber andererseits ist auch der neue Gewalthaber, der sich mit selbstgeschaffener Macht an die Stelle des alten gesetzt hat, unfertig; er ist ein Produkt bloßer Tatsachen ohne Recht. Während bei jenem nur noch der Abglanz des ehemaligen Rechts ruht, nicht mehr die reale Macht, hat dieser nur die Macht und noch keine rechtliche Anerkennung zur Seite. Steht es so, dann treten alle anderen Bedürfnisse in den Schatten vor dem einen, die Harmonie zwischen Recht und Macht wiederhergestellt zu sehen. Aber wie ist dies Ziel zu erreichen? Nicht anders, als daß zu der letzten und tiefsten Quelle aller Lebensregeln hinabgestiegen wird, die unversieglich in dem sittlichen Grundvermögen jedes Menschen fließt, sich für sein eigenes Handeln eine Ordnung und Richtschnur zu geben, die verstärkt auch die durch Schicksalsgemeinschaft zusammengewachsenen Bewohner eines alten Kulturgebietes, die wir ein Volk, eine Nation nennen, durchströmt. Nur eine Betätigungsform der sittlichen Vernunft einer Menschheitsgruppe ist auch die „konstituierende Gewalt“ eines Volkes. Eine Nation, die sich eine neue Verfassung zu sehen unternimmt, sammelt damit ihre Lebensenergie zu einer einmaligen geistigen Kraftanstrengung wie der Mensch, der sich an einem kritischen Wendepunkt seines Einzeldaseins zu neuen Grundsätzen seines Handelns aufrafft, um ein „neues Leben zu beginnen“. Kein Rechts-

Stücke wertvollster Rechts-tradition unseres bisherigen Reichs können auch im Neubau keinesfalls entbehrt werden: der feste Stamm des Berufsbeamtentums in allen gesetzgebenden, rechtsprechenden und verwaltenden Haupttätigkeiten des Reichs und der Einzelstaaten und der belebende Anreiz der Autonomie und Selbstverwaltung auf allen örtlichen Hauptstufen des staatlichen Verbandes. Mag man noch so weitgehende Mitwirkung der Volksgenossen bei Besteuerung, Aushebung oder Polizei, bei Zivil-, Straf- oder Verwaltungsjustiz für erforderlich halten, die leitende Stellung kann bei allen diesen verantwortlichen Funktionen überall nur der haben, der sie systematisch durch Studium gelernt hat und sie in lebenslänglicher Praxis immer nur übt. Und mag man in unserer Republik noch so viele Gegensätze der Vermögensklassen demokratisch auszugleichen streben, auch dabei muß es bleiben, daß Einzelstaaten, Provinzen, Kreise, Gemeinden nicht in öde Verwaltungsbezirke eingeebnet werden, sondern gesunde Kraftquellen politischen Eigenlebens bilden. Würde das neue Grundgesetz die nationale Tradition ignorieren, so würde es vom nächsten Tage weggesetzt werden. Nicht mit jener Nationalversammlung ist es getan. Wir brauchen eine Konstituante, die ihren Namen wahr macht und sich zu der Vergangenheit der Nation ebenso bekennt wie zu ihrer Zukunft.

Wer die Schwere dieser Verantwortlichkeit überschaut, dem drängt sich auch heute wieder die Sorge auf, die alle Zeitalter in gleicher Lage beschlich. Seit die Menschen überhaupt über diese Dinge nachzudenken begannen, sagten sie sich unwillkürlich, daß ein Volk die höchste und folgenreichste politische Entscheidung, die es gibt, eigentlich gar nicht aus der Hand geben dürfe, daß es sie unmittelbar selbst lösen müsse. Lange Zeit haben die Zeiten, die die Neulinge im Durchkämpfen revolutionärer Bewegungen waren, von einem Verfassungswerk durch Willenseinigung aller Volksgenossen selbst, womöglich einer einstimmigen Einigung geträumt, von einem „Volksvertrag“, und wenn man sich erinnert, daß in der englischen Revolution des siebzehnten Jahrhunderts das Heer Cromwells allen Ernstes Entwürfe eines solchen Volksvertrags aus eigenem Impulse aufstellte, der alle Parlamente binden sollte, so erscheinen Stimmungen, wie sie heute wieder in den heimkehrenden Fronttruppen gären, in bedeutungsvollem Licht. Das harte Muß der Praxis hat natürlich auch hier bald die Repräsentation des Volkes durch einen Vertrauensauschuß — ebendas, was wir heute die Nationalversammlung nennen — als

unentbehrlich erkennen lassen. Aber damit hat nur um so mehr, und zwar gerade für die modernen Nationen, die andere Forderung Bedeutung gewonnen, daß das Verfassungswerk einer Nationalversammlung sich die Bestätigung oder das Veto einer zweiten Instanz gefallen lassen müsse, in der das „Volk“ durch anderen Mund noch einmal zu Worte zu kommen hat. Als sich seit 1774 die von England abfallenden einzelnen Kolonien zu „Staaten“ konstituierten, haben sie größtenteils eine solche Sanktion der neuen Verfassungen in Versammlungen der einzelnen Gemeinden von Massachusetts, von New Hampshire herbeigeführt — als sich bald darauf (1787) die „Vereinigten“ Staaten ihre Gesamt-, die Unionsverfassung gaben, unterwarfen sie diese der Abstimmung in besonders gewählten Verfassungskonventionen der einzelnen Staaten. Auch die Verfassung, die am 16. April 1867 zwischen den Bevollmächtigten der norddeutschen Regierungen und dem konstituierenden Reichstag der norddeutschen Bevölkerungen festgesetzt worden war — unsere spätere Reichsverfassung — erfuhr eine ähnliche Behandlung; für sie wurde die Bestätigung

durch die Landtage der norddeutschen Einzelstaaten herbeigeführt. Und diese Behandlung wird sich auch für die künftige Verfassung der deutschen Republik nicht zurückdrängen lassen. Für sie am allerwenigsten. Denn bei ihrer Aufstellung werden ja die deutschen Einzelregierungen kein Organ finden, durch das sie mit ihren Lebensinteressen zu Gehör kommen: der Bundesrat, in dem sie bisher an Regierung und Gesetzgebung teilnahmen, ist nicht mehr. Müssen also nicht um so mehr die Volksvertretungen der Einzelstaaten oder noch wirksamer, eigene für das Verfassungswerk einberufene Staatenkonventionen funktionierend oder vetoeinlegend gehört werden? — In der Tat, alle diese Fragen wollen nicht leicht genommen sein. Denn hinter ihnen steht drohend die Sorge, daß dann, wenn das deutsche Volk oder sein Vertrauenskollegium die Sache nicht ernst nimmt, eine andere Autorität ungebeten hervortritt, um Anspruch auf die Sanktion unserer neuen Reichsverfassung zu erheben — die der fremden Mächte. Wir vertrauen, daß der gute Geist des deutschen Volkes uns selbst den rechten Weg finden lasse. 19. Dezember.

Die geistigen Arbeiter vor der Nationalversammlung. / Von Heinrich Pfeiffer.

Die politische Unruhe des deutschen Volkes hat dazu geführt, daß bei dem plötzlichen Umsturz eine Reihe von Menschen, die mit dem alten Regime in keiner Weise zufrieden waren, aber als tüchtige Obrigkeitmenschen sich nicht hervorgetan, plötzlich wie aus dem Häuschen war. Sie glaubten sich im sogenannten Schlaraffenlande. Sie vermeinten, daß alles das, was sie vorher als bittere Ungerechtigkeit empfanden, endgültig vorbei wäre, und was sie je in stillen Stunden ersehnten, nunmehr plötzlich zur Wirklichkeit werden würde. Sie glaubten, es bedürfe nur noch einer aus dem Handgelenk geschüttelten Organisation ihrerseits, um in kürzester Zeit jene Früchte einzuharsten, die die sozialistische Revolution als das programmatische Endziel für das Proletariat und vielleicht auch für das übrige Volk, das man schlechthin als „Bürgertum“ bezeichnete, sich gedacht hatte. Die Leute, die so dachten und damit einen Standpunkt offenbarten, der eine verzweifelte Ähnlichkeit mit ausgesprochener Revolutionspsychose hatte, waren vor allem die „geistigen Arbeiter“. Leute, die nie im Leben sich um Organisation gekümmert haben, Leute, die mit der größten Abneigung vor der Revolution alles Gewerkschaftliche als nicht standesgemäß von sich wiesen, Leute, die für die geistigen Berufe überhaupt eine Organisationsmöglichkeit wegen der Individualität des geistig Schaffenden als unmöglich erachteten, waren plötzlich auf dem Plan. Und was tat man? Man schuf „Räte geistiger Arbeiter“. Man versieg sich im einzelnen zu Programmen, die an Unklarheit, weltumspannender Phantasie und organisatorischer Ahnungslosigkeit nichts zu wünschen übrigließen. An einzelnen Orten wußte man sich ein sogenanntes Mandat von Berlin zu verschaffen, um in aller Schnelligkeit einen „Rat geistiger Arbeiter“ zu gründen, ein Mandat von höchst zweifelhafter Beschaffenheit, da es sich schon nach wenigen Tagen erwies, daß jener Auftraggeber von selbst in sich zerfiel. Man denke nur an den „Rat geistiger Arbeiter“ in Berlin, aus dem z. B. Siegfried Jacobsohn, der Ursächler des Rates, alsbald ausschied, indem er, wie es in einem unabhängigen sozialdemokratischen Organ hieß, zugab, „der Revolutionspsychose zum Opfer gefallen zu sein“. In den Programmen dieser „Räte geistiger Arbeiter“ hat man sich zu einem Radikalismus und einer Phantasie aufgeschwungen, die in publizistischen und anderen Äußerungen der unabhängigen Sozialdemokratie bis jetzt noch nicht zu finden war. Man sprach von Völkerverparlamenten und ähnlichen Dingen und bemächtigte sich sogar in geradezu bedenklicher Weise der sexuellen Frage, die da liebäugelte mit jenem bolschewistischen Dekret, in dem vor einiger Zeit der Sowjet der russischen Stadt Wladimir die Frau nach dem achtzehnten Jahre als Staatseigentum bezeichnete. Diese angebliche Berliner Zentrale der geistigen Räte hatte natürlich auch in der Provinz ihre Stützpunkte gepflanzt und hat da ebenso wie in Berlin den vernünftig denkenden und wahrhaft sozial empfindenden geistigen Arbeiter in eine nicht ungewöhnliche Verwunderung versetzt. — In der ganzen Zusammensetzung dieser geistigen Räte kommt wieder die politische Unruhe des deutschen Volkes, bei der die Intellektuellen in keiner Weise auszunehmen sind, zum Ausdruck. Wenn es dem Duzendarbeiter klar ist, daß es sich bei dieser Revolution nicht allein um eine politische, sondern vor allen Dingen um eine soziale Revolution handelt, so daß bei allen Organisationen, die aus der Revolution herausgeboren sind, es sich zunächst darum handeln muß, die allererste und notwendige Scheidung vorzunehmen zwischen dem geistigen Arbeiter und dem Arbeitgeber, so kann man von dieser Erkenntnis in diesen Räten wenig oder nichts entdecken. Es sitzen da Beamte, freie Schriftsteller, Künstler, Zeitungsverleger, Professoren und alle möglichen sonstigen Vertreter von Berufen, in denen geistig gearbeitet wird, zusammen, um über die Notwendigkeit einer höheren Wertung der geistigen Arbeit im allgemeinen, über eine geistige Durchdringung der Politik und ähnliche weltverbessernde Dinge zu verhandeln. Darüber vergißt man natürlich das Nächstliegende: die Gestaltung der wirtschaftlichen Situation des einzelnen. Was hat es bei dem heutigen Stand der Dinge für einen Zweck, wenn z. B. Verleger und Redakteure oder Theaterintendant und Schauspieler in ein und demselben Gremium sitzen, um über unendlich weitgesteckte politische und soziale Ziele zu diskutieren? Die Hebung der sozialen Lage des Redakteurs und des Schauspielers kann dabei unmöglich gefördert werden, denn in einem Rat geistiger Arbeiter, wo die Vertreter der verschiedensten geistigen Berufe sitzen, ist es unmöglich, daß die soziale und wirtschaftliche Spannung, die zwischen dem geistigen Arbeiter und dem Arbeitgeber, die nun einmal naturnotwendigerweise besteht, beseitigt oder irgendwie ausgeglichen werden kann. Wenn sich notorische Unternehmer in solchen Räten besonders bemühen, so kann man sich nicht des Eindrucks erwehren, daß sie darauf ausgehen, geistige Arbeiter für ihre speziellen Zwecke an sich heranzuziehen, um sie dann außerdem von einer Vertretung der allgemeinen wirtschaftlichen Interessen des geistigen Berufes abzulenken. Man hört zwar vielfach, daß es Unternehmer geben sollte, die geradezu unter Verleugnung ihrer speziellen unternehmerischen Interessen bewußt auf den sozialen Ausgleich zwischen materiellem und geistigem Kapital hinwirken, doch ich glaube, die Fälle sind zu zählen, in denen tatsächlich praktische Beweise einer solchen sozialen Gesinnung vorliegen. Aber nehmen wir nun wirklich an, diese „Räte geistiger Arbeiter“ hätten nun trotz alledem etwas für sich. Was soll aber diese Organisationswut unmittelbar vor der Nationalversammlung? In diesen Tagen ist beschlossen worden, daß mit der Nationalversammlung das ganze Räteystem aufhört. Es verschwinden die Arbeiterräte, es verschwinden die Soldatenräte. Was wollen dann noch, wenn wir erst so weit sind, die „Räte geistiger Arbeiter“? Sie müssen sich doch sagen, daß sie genau so wie die anderen Räte ein Provisorium darstellen. Wozu also ein solcher Kräfteverbrauch, wenn an einen dauernden Bestand nicht gedacht werden kann? Oder sollten etwa die „Räte geistiger Arbeiter“ glauben, daß sie praktisch so viel erreichen, daß nach der Nationalversammlung die Regierung sich mit besonderer Vorliebe auf die Resultate stürzt, die von diesen Räten gewonnen wurden? Dem „Rat geistiger Arbeiter“ in Leipzig schwebt der Gedanke vor, einmal ein sogenanntes Kulturparlament zu werden, so daß er in allen wichtigen Fragen, die literarische oder künstlerische Dinge angehen, unbedingt gehört werden muß. Wir

sind überzeugt, daß die neue Regierung keine Neigung hat, mit einem aufs Geratewohl gebildeten Parlament zusammenzugehen. Denn woher haben diese Kulturparlamente ihre Mandate, auf wen stützen sie sich, und welche öffentlich-rechtlichen Eigenschaften haben sie sonst, um überhaupt eine offizielle Anerkennung der ersten Regierung nach der Nationalversammlung erwarten zu können? Man hat den Eindruck, daß es sich hier, um es volkstümlich zu bezeichnen, um eine „Geschäftshuberei“ handelt, die sich nicht genug tun kann in namentlich unterzeichneten Aufrufen und Programmentwicklungen. Wenn etwas heute einen Sinn haben kann, so ist es der Zusammenschluß von Arbeitnehmern in möglichst gleich gerichteten geistigen Berufen. Es muß da peinlich geprüft und erwogen werden, wie eine Basis gefunden werden kann, um die Angehörigen dieser Berufe in einer Organisation zusammenzuschließen, die einzig und allein zunächst den Zweck hat, die wirtschaftliche Lage der Arbeitnehmer in diesen Berufen zu verbessern. Die Hebung der wirtschaftlichen und sozialen Lage, noch so intensiv betrieben, wird von selbst nicht über das gerechte Maß hinausgehen, da ja das Unternehmertum nach wie vor auf eine entsprechende Gegenwirkung bedacht sein wird. Der Ausgleich wird sich dann wie in einem Parallelogramm der Kräfte mit der Zeit von selbst vollziehen.

Zu einer Überschätzung der geistigen Arbeit wird es nach den Traditionen, die seit Jahrhunderten auf diesen Gebieten herrschen, kaum kommen können, denn trotz der Revolution haben wir das materielle Zeitalter noch keineswegs überwunden. Das greifbar materielle Ding, namentlich wenn es zur Fristung des körperlichen Lebens dient, wird in Zeiten wirtschaftlichen Tiefstandes in der Wertung den Vorrang haben. Denken wir nun aber einmal daran, welche Wirkung es für ein Volk gegenüber der übrigen Welt hat, wenn die geistigen Berufe sich auf ein besonders hohes soziales und wirtschaftliches Niveau erheben können. Man wird daraus schließen, daß in jenem Volk der übertriebene Materialismus ein überwindener Standpunkt ist. Man wird diesem Volk, namentlich wenn der Völkerverbund keine Utopie bleiben sollte, die geistige Führerschaft nicht versagen können. Gedacht ist hier besonders an den deutschen Journalismus, der dringend der sozialen und wirtschaftlichen Hebung bedarf. Viele intelligente Existenzen arbeiten in ihm, gewaltige Sach- und Fachkenntnisse sprechen aus den Erzeugnissen der deutschen Publizistik, einerlei, ob es sich um Tageszeitungen, illustrierte oder Fachzeitschriften handelt. Aber wie steht es mit dem Ansehen des Standes der deutschen Presse im Inlande und Auslande? Hier ist ein engerer und zuverlässiger wirkender Zusammenschluß zweifellos vonnöten, ganz gleich, ob man ihn gewerkschaftlich oder sonstwie nennen mag. Es ist eine Verkenning der Tatsache, zu glauben, daß irgendwie die geistigen Berufe, sagen wir z. B., der Journalismus, von dem hier nun einmal die Rede ist, nicht für eine gewerkschaftliche Organisation geeignet wären. Solange es Unternehmertum gibt und Arbeitnehmer, die von den Unternehmern beschäftigt werden, so lange besteht ein sozialer Gegensatz. Dieser soziale Gegensatz braucht aber das Vertrauensverhältnis, auf das nun einmal das Verhältnis zwischen Verleger und Redakteur gestellt ist, nicht zu berühren, denn es handelt sich ja nicht etwa um den einzelnen Verleger und den einzelnen Redakteur, sondern es handelt sich um das Gegenüberstehen von zwei sozialen Gruppen. Die Redakteure übrigens, die sich des besonderen Vertrauens der Verleger erfreuen und erfreuen müssen, sind ja meistens in Deutschland auch so gestellt, daß sie nicht auf die Hilfe der Gewerkschaft angewiesen sind. Aber wie viele Fälle solcher Art gibt es, und wie lange dauert es, und welche üblen sozialen Stadien muß der durchlaufen, der zu einer solchen Stellung gelangen will? Ob in der Satzung der Gewerkschaft geistiger Arbeiter der Streik vorzusehen ist oder nicht, ist heute eine müßige Frage. Früher war der Streik eine Notwendigkeit, da man es im allgemeinen mit Regierungen zu tun hatte, die Ansprüchen sozialer Art fremd gegenüberstanden. Heute liegt doch der Fall so, daß wir nach der Nationalversammlung mit Regierungen zu rechnen haben, die einen sozialen Aufstieg mit allen nur denkbaren gesetzlichen Mitteln betreiben. Wenn für die einzelnen geistigen Berufe ähnliche Einrichtungen wie Journalisteninnungen mit Mindestgehältern und Mindesthonoraren geschaffen werden, dann erscheint der Streik zunächst als überflüssig. Und dann können wir damit auch zu jener natürlichen Reinigung der Berufe in ihrer Gesamtheit kommen: Ein Unternehmer, der einen geistig Schaffenden nicht zu einem Mindestgehalt beschäftigen kann, muß entweder seinen Betrieb so klein gestalten, daß er selbst das geistige Moment in seiner Unternehmung bildet, oder aber, er wird Angestellter in einem Unternehmen, dessen Führer es vermöge seiner geistigen und beruflichen Fähigkeiten gelungen ist, eine besondere Stellung in seinem Berufsgebiet zu erreichen. In Würdigung dieser Dinge kann die geistige Arbeiterschaft zunächst nichts Besseres tun, als auf die Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage bedacht zu sein, sich nur in Organisationen unter sich und nicht mit Leuten, deren Stellung als Arbeitnehmer unklar ist, zusammenzuschließen, dann aber des weiteren darüber nachzudenken, welche geistigen Berufe in ihrer ganzen Art gleichartig genug sind, um sie wieder zu einer größeren geistigen Arbeitnehmerorganisation, zu einem Kartell zusammenzuschließen. Von einem Kartell aber, in dem etwa Ärzte, Apotheker, Journalisten, Schriftsteller, Ingenieure usw. zusammengeschlossen werden, wie es z. B. von dem sogenannten „Journalistenrat“ in Berlin befürwortet wird, kann niemals etwas erwartet werden. Zu erreichen wäre vielleicht etwas für ein Gebiet, nämlich: wenn sich die geistigen Arbeitnehmer, d. h. aber auch nicht persönlich, sondern in Gestalt der vorhandenen Organisationen, zu einem Kartell zusammenschließen, das sich etwa als das „Kartell der geistig schaffenden Berufe“ zu bezeichnen hätte. Darunter wären dann bildende Künstler, Bühnengehörige, Journalisten, Schriftsteller zu rechnen. Solche und ähnliche organisatorische Arbeit scheint allein vor der Nationalversammlung einen Zweck zu haben, denn es ist das eine Arbeit, die auf der vorhandenen Organisation aufbaut, eine Arbeit, die nicht mandatoslos die Begriffe aller der Menschen verwirrt, die heute fühlen, daß sie wirtschaftlich und sozial gehoben werden müssen. Diese und keine andere Arbeit wird dann von der Nationalversammlung und der von dieser ins Leben gerufenen Regierung gesegnet werden. 20. Dezember.

Reminiszenzen aus der Paulskirche. / Von H. H. Houben.

Das Volk, das keine Vergangenheit haben will, findet auch keine Zukunft" – mit diesen Worten hat sich der Heros der deutschen Germanistik, Jakob Grimm, in das gesprochene Stammbuch der ersten deutschen Nationalversammlung eingeschrieben, des Frankfurter Parlaments, das am 18. Mai 1848 in der Hauptkirche der Mainstadt, dem Rundbau der Paulskirche, zusammentrat und zum erstenmal den Willen des gesamten deutschen Volkes zu einer nationalen Einheit zum Ausdruck brachte. Dieses

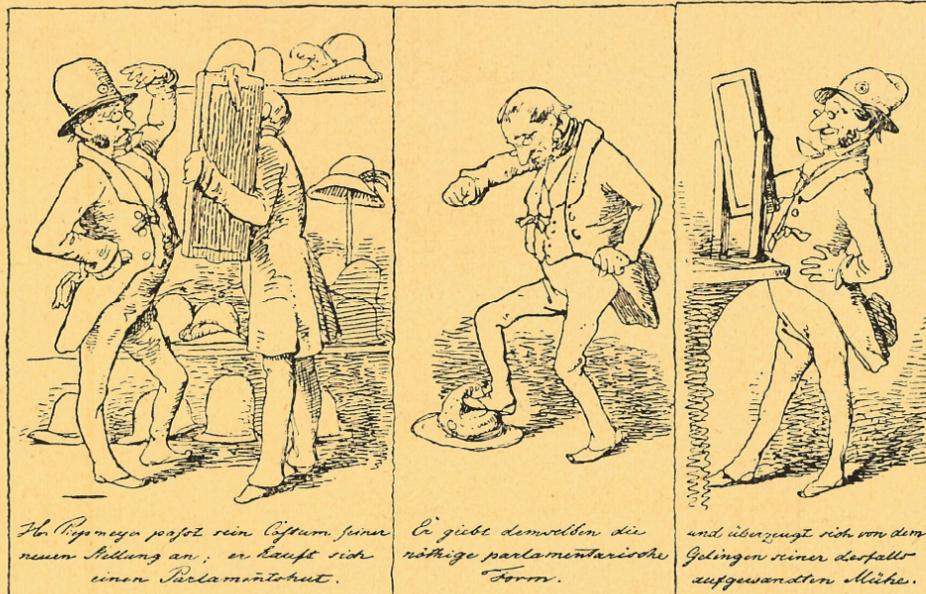
In einem Punkte wird die heutige Nationalversammlung leichtere Arbeit haben als ihre Vorgängerin: Die deutsche Republik braucht sie nicht erst mehr zu proklamieren, sie besteht; die deutschen Bundesfürsten haben den ungleichen Kampf ruhmlos aufgegeben, und ein Österreich, zu dessen Rettung Deutschland seine „Nibelungentreue“ allzu bieder einsetzte, existiert nicht mehr. Im Jahre 1848 war das anders. Nach Republik schrie damals nur die äußerste Linke, die Volksmänner Hecker, Struve, Robert Blum usw.; sie wurde



Fackelzug zu Ehren der Volksmänner zu Frankfurt a. M. Zeitgenössischer Holzchnitt aus der „Illustrierten Zeitung“.

Wortes muß der Deutsche auch heute eingedenk sein, wo die prunkvollen Kulissen der deutschen Politik eines halben Jahrhunderts in Flammen aufgegangen sind und einer neuen Nationalversammlung die große Aufgabe zufällt, aus dem rauchenden Trümmerhaufen das deutsche Leben zu retten. Scheinen die Fäden, die unser Dasein mit der unmittelbaren Vergangenheit verwoben, jäh zerrissen, so knüpft der bürgerliche Demokrat um so lieber an das an, was im Jahre 1848 gesponnen wurde.

Im Zeitalter Bismarcks war das „tolle Jahr“ unpopulär geworden. Die Weltgeschichte war so ganz andere Wege gegangen, als die Helden des Vormärz sich hatten träumen lassen, daß selbst die stolze Woge der Begeisterung und des Idealismus, die damals über den deutschen Strand rauschte, nur noch ein mitleidiges Achselzucken erregte und der „Achtundvierziger“ sich allmählich zum Urbild des rückständigen Eigenbrötlers entwickelte. Jetzt sollen wir es erleben, daß mit einem Schlag eine Fülle sozial-politischer Probleme und staatsrechtlicher Fragen mit derselben heftigen Gebärde vor uns hintritt wie im Frühjahr 1848, und wenn wir den Zusammenhang mit unserer Vergangenheit nicht verlieren wollen, werden wir uns genauer mit der Geschichte jener Zeit vertraut machen müssen, als dies bisher auf dem Programm der preussisch-deutschen Geschichtsschreibung gestanden hat.



Hr. Piepmeyer postet sein Cistum seiner neuen Stellung an; er kauft sich einen Parlamentshut.

Er giebt demselben die nötige parlamentarische Form.

und überzeugt sich von dem Gelingen seiner dortfallt aufgewandten Mühe.

Herr „Piepmeyer“. (Aus J. H. Detmold, „Taten und Meinungen des Herrn Piepmeyer“, mit Zeichnungen von A. Schrödter. Frankfurt, 1849.)

bereits in den vier Sitzungen des Vorparlaments, das vom 31. März bis 3. April in Frankfurt tagte, von der weit überwiegenden gemäßigten Mehrheit abgeschüttelt. Man traute den Fürsten noch so viel Wohlwollen und Verstand zu, daß man eine friedliche Vereinbarung mit ihnen für möglich hielt, und von Österreich erwartete man, daß es einem Großdeutschland zuliebe seine altererbte Vorherrschaft aufzugeben willens sei. Beides war eine grobe Täuschung. Keiner der Fürsten dachte daran, auch nur das kleinste

seiner Rechte auf dem Altar des gemeinsamen Vaterlandes zu opfern, und Österreich sah dieser Frankfurter Nebenregierung nur so lange freundlich zu, als es hoffen konnte, daß ihm das neue deutsche Kaisertum in den Schoß fallen würde. Als diese Hoffnung zerrann, zog es sich in das Schneckenhaus einer eigenen Verfassung zurück, die jede Gemeinschaft mit dem nach Einigung dürftenden Deutschland ausschloß. Und als nun das Frankfurter Parlament nach monatelangen Redekämpfen das Nieten einer deutschen Verfassung beendet hatte, zeigte sich, daß der provisorische Reichsverweser, ein österreichischer Erzherzog, der als liberal galt, weil er eine Postmeisterstochter geheiratet hatte, ein Johann ohne Land war: die deutschen Fürsten dankten für das Rückwärts der neuen Verfassung, das man ihnen ins warme Nest zu legen gedachte; König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen ließ

sich nicht einmal durch die angebotene Kaiserkrone bestechen, Preußen ging keineswegs „in Deutschland auf“, und die „Zentralgewalt“, die sich die Paulskirche nach den Worten ihres Präsidenten von Gagern mit dem sprichwörtlich gewordenen „kühnen Griff“ selbst geschaffen hatte, erwies sich als eine papierne Formel ohne jede tatsächliche Macht. Das ist in kurzen Zügen die Tragödie des ersten deutschen Parlaments, das im ganzen dreizehn Monate bestand, nach dem Ausscheiden der österreichischen und preussischen Abgeordneten als „Rump-parlament“ nach Stuttgart übersiedelte und dort gewaltsam aufgelöst wurde. Der Protest des Präsidenten erstickte im Trommelwirbel der Soldaten. Zu dem letzten Häuflein, das sich den Bajonetten darbot, gehörte kein Geringerer als Ludwig Uhland, der sich unter den Radikalisten der äußersten Linken sonderbar genug ausgenommen und nur einmal, wortkarg, wie er immer war, zu einer rednerischen Lat aufgeschwungen hatte. Bei der Beratung der Kaiserfrage protestierte er heftig gegen die Erblichkeit der Kaiserwürde mit den geflügelten Worten: „Es wird kein Haupt über Deutschland leuchten, das nicht mit einem vollen Tropfen demokratischen Siss gesalbt ist.“

In solchen Ausprüchen, die als Lofungen an die Wand der kommenden Nationalversammlung geschrieben werden sollten, finden sich in den Sitzungsberichten des Frankfurter Parlaments unzählige. „Der ist der freisinnigste Mann, der seine Ansicht der Mehrheit unterwirft“, erklärte einmal der Kölner Abgeordnete Raveaux, und von Moritz Mohl stammt das beherzigenswerte Schlagwort: „Je größer die Zahl der Abgeordneten, um so mehr Nullen sind darunter.“

Die Berufspolitiker späterer Jahrzehnte haben das Frankfurter Parlament oft genug als ein Professorenparlament verlästert und damit ausdrücken wollen, daß diesen Gelehrten, die so zahlreich in der Paulskirche vertreten waren, die Fähigkeit der praktischen Politik gefehlt habe. Aber war es nicht gerade ein Gewinn, daß die uns so verleidete Geschäftspolitik damals noch nicht wucherte? Zeige mir dein Parlament, und ich sage dir, wer du bist! möchte man jedem Volke zurufen. Und des Frankfurter Parlaments hatte sich Deutschland gewiß nicht zu schämen. Unter den fünfsechshundert Abgeordneten waren in der Tat mehrere Duzend Professoren, Männer von europäischem Ruf, wie die Historiker Dahlmann und Droysen, Grimm und v. Raumer. Nicht weniger zahlreich waren die sogenannten Literaten, die Männer

der Feder, vom Journalisten bis zum Klassiker. Das würdige Gegenstück zu Uhland war der alte Ernst Moritz Arndt. Von den vormärzlichen Lyrikern war Moritz Hartmann, von den jungdeutschen Schriftstellern Heinrich Laube zur Stelle. Und die Fülle kluger Charakterköpfe aus dem werktätigen Bürgerstand, aus Handel und Industrie, aus Jurisprudenz, Diplomatie und Militär war so überreich, daß der künftigen Geschichtswissenschaft trotz zahlreicher Vorarbeiten noch Unendliches zu tun übrig ist.

Das Frankfurter Parlament war zudem der Keimboden unserer sämtlichen politischen Parteien, und ein Studium dieser Urformen wird noch manche überraschende Aufschlüsse geben. Jedes bessere Gasthaus Frankfurts beherbergte damals einen politischen Klub, in dem sich die Gleichgesinnten außerhalb der Paulskirche zusammensanden, und von dem sie auch ihre Namen führten. „Das steinerne Haus“ umfaßte bezeichnenderweise die streng Konservativen und kirchlich Gesinnten; das „Café Milani“ zweigte sich später von ihm ab. Das Zentrum, unter dem man noch nichts Ultramontanes verstand, sammelte sich im „Casino“ und zersplitterte sich im „Württemberg“ und „Augsburger Hof“. Die Linke saß auf dem „Donnersberg“ usw. Und dieses politisch-gesellschaftliche Treiben, dies stete Aneinanderreiben von Geist und Temperament schuf eine eigenartige Kulturluft, in der literarische und künstlerische Leistungen üppig gediehen. Hartmann schrieb seine „Reimchronik des Pfaffen Mauritius“, Laube sein bestes Werk, „Die Geschichte des Frankfurter Parlaments“; der wichtige Advokat Detmold schuf in Verbindung mit dem Düsseldorfer Maler Schrödter den klassischen Typus „Diepmeyer“, den gesinnungslosen Gesinnungshelden und geschäftigen Phrasenmacher. Und eine Fülle lustiger Karikaturen flatterte auf die Pulte der Abgeordneten, von denen mancher den Spitznamen nicht mehr loswurde, den ihm der Schalk angehängt hatte. Das Jahr 1848 ist ja auch das Geburtsjahr des „Kladderadatsch“.

Und noch eine Reminiszenz aus der Paulskirche: ein damaliger Aldam Riese hat berechnet, daß jedes Wort im ersten deutschen Parlament die deutschen Bundesstaaten einen halben Gulden kostete. Gewisse M- und Helden und Dauerredner sind daher dem deutschen Volke teuer zu stehen gekommen. Seitdem sind die Preise unheimlich gestiegen, und die demnächst zu wählenden Abgeordneten sollten sich tagtäglich

flarmachen, daß sie Deutschland vollends an den Bettelstab bringen, wenn sie nicht mit ihren Worten aufs sparsamste umgehen. Videant consules!

20. Dezember.



Frankfurter Karikatur: Politischer Damenklub. Aus dem „Satyr“ 1848.



Mittel zur Einigung in der Paulskirche.

Vor Beginn der Verhandlung wird unter den Sitzen der äußersten Rechten ein tüchtiges Feuer angemacht, welches eine Stunde brennen muß. — Die Herren der äußersten Linken hingegen werden eben so lange mit Eiswasser begossen, bis sie so viel von ihrer Hitze verlieren, daß sie mit den nun warm gewordenen Herren der äußersten Rechten auf einem Grad von Wärme stehen. Zeitgenössischer Witz aus den „Fliegenden Blättern“.

Die Großdeutsche Republik nach der Nationalversammlung. / Von Ludo M. Hartmann.

Reiche werden durch dieselben Mittel erhalten, durch die sie geschaffen werden“, sagt der alte Geschichtschreiber. Das wird auch für Großdeutschland gelten, das aus der Demokratie heraus und im Kampf gegen den Imperialismus und die Mächte der Vergangenheit geboren wurde. Wie Kleindeutschland die Nation zerschlug, um die Dynastien mit ihren Machtinteressen zu erhalten, so vertrieb Großdeutschland seine Fürstengeschlechter und vereinigte die ganze Nation. Damit sind seine Grenzen, die allerdings auch Deutsch-Böhmen und Deutsch-Südtirol umfassen müssen, für immer festgelegt, die „natürlichen Grenzen“ im Sinne Fichtes, die natürlichen Grenzen, die kein Volk im Zeitalter des Selbstbestimmungsrechtes ungestraft überschreitet. Staat und Nation, Staat und Volk sind eine unzertrennliche Einheit. Es wird daher die erste Aufgabe der Nationalversammlung sein, das Staatsgebiet bis an die Grenzen der von den Tschechen, Ungarn, Südslawen und Italiener bewohnten Länder vorzuschieben und die Abgeordneten Deutsch-Österreichs in ihrer Mitte zu empfangen. Damit wird die Sehnsucht von 10 Millionen Deutschen erfüllt sein, die es als ihre Aufgabe betrachten, mitzuarbeiten an dem Aufbau der deutschen Kultur als gleichberechtigte Bürger.

Dieses Deutschland, das auf dem Selbstbestimmungsrechte beruht, wird eine Demokratie sein müssen. Es wird nur leben können, wenn es sich nicht selbst verleugnet. Es wird der größten Anstrengungen bedürfen, um über die ersten schweren Zeiten hinweg-

zukommen und das demokratische Prinzip der Auslese der Tüchtigen zur Wahrheit zu machen. Es wird dadurch über sich selbst hinauswachsen und ungeahnte Kräfte entwickeln, die nicht dem einzelnen, sondern der ganzen Gesellschaft zugute kommen werden. Es wird zum sozialen Staate werden. Die gesellschaftliche Organisation hat ihm schon innerhalb des alten Obrigkeitsstaates vorgearbeitet, wie in keinem anderen Lande. 4,2 Millionen sozialdemokratischer Stimmen gab es hier schon vor dem Kriege. Es werden ihrer auch prozentual weit, weit mehr werden. Und das sind Stimmen von geschulten, in der Organisation größtenteils erprobten Männern — und jetzt auch Frauen. Sie werden sich nicht übertönen lassen. Es mag noch manche kleine Anordnung geben, die den oder jenen Kleinmütigen erschreckt, ja vielleicht noch manchen Rückschlag, aber der Weg ist unweigerlich vorgezeichnet. Es handelt sich darum, ihn mit Mut und innerer Freiheit zu betreten. Es winken die goldenen Früchte der Zukunft.

Das Gespenst des Krieges, das uns noch alle bedrückt, wird allmählich dahinschwimmen aus dem Bewußtsein der jungen, der neuen Generation, und wenigstens für sie wird, was vor kurzem noch unerreichbar oder wie ein ferner, schöner Zukunfts-traum erschien, Erlebnis und Ereignis werden. Wir hören ihn schon, den ehernen Schritt der Arbeiterbataillone, und wir erkennen das ehernen Gesetz der Weltgeschichte, deren jeder von uns ein kleiner Teil ist.

15. Dezember.



..... UND ALLES FÜR DIE ZUKUNFT UNSERER KINDER !

Zeichnung von Wil Howard.

Die Industrie in Erwartung der Nationalversammlung.

Äußerungen aus Unternehmer-, Arbeiter- und Angestelltenkreisen.

Was wir Industriellen von der Nationalversammlung erwarten? – Wir müssen alles von ihr hoffen, weil wir aus der längeren Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes alles fürchten müssen. Noch ein paar Monate so weiter wie bisher, und die deutsche Industrie ist rettungslos ruiniert. Die ohnehin sehr schwierige wirtschaftliche Situation verschärft sich von Tag zu Tag, und wir steuern in gerader Linie auf eine Katastrophe zu. Überall liegt großer Bedarf für industrielle Produkte vor. Große Bestellungen könnten in allen Industriezweigen sofort erteilt werden; aber wegen der allgemeinen Unsicherheit will niemand etwas unternehmen. Bereits erteilte Aufträge werden sichtlich und annulliert, und neue Aufträge werden nicht erteilt. An eine Wiederaufnahme einer geregelten Tätigkeit ist nicht zu denken, solange wir nicht wieder eine Regierung haben, die vom Vertrauen aller Volksschichten getragen wird, die von unseren Feinden und den neutralen Mächten als solche anerkannt wird, und die an Stelle der jetzigen Rechtsunsicherheit und Rechtslosigkeit uns wieder einen geordneten Rechtszustand und feste gesetzliche Grundlagen im Innern schafft. Die allgemeine Beunruhigung wird dadurch besonders verstärkt, daß über bevorstehende Enteignungen, Bergesellschaftungen usw. sogar von einzelnen führenden Vertretern der gegenwärtigen Regierung Ansichten und Äußerungen verbreitet werden, die geordnete Dispositionen in industriellen Betrieben unmöglich machen. Selbst wenn wir Aufträge hätten, könnten wir doch nicht mit voller Kraft arbeiten, solange es uns in dem jetzigen Maße an Rohstoffen, Kohlen und Transportmöglichkeiten mangelt. Dieser Mangel kann vor Friedensschluß nicht behoben werden, solange die Blockade gegen uns aufrechterhalten wird und unsere Grenzen gesperrt bleiben. Durch den langen Krieg und seinen unglücklichen Ausgang ist unsere Stellung auf dem Weltmarkt so gut wie vernichtet worden, und sie muß nun unter den denkbar ungünstigsten Bedingungen wiedergewonnen werden. Für diesen Wiederaufbau ist allererste Voraussetzung: Vertrauen, Ruhe und Ordnung im Lande, und dies kann nur durch schleunigste Einberufung der Nationalversammlung und Wahl einer wirklichen Volksregierung geschaffen werden. Denn nur mit einer vom ganzen Volke gewählten Regierung werden unsere Feinde Frieden schließen, und erst dann werden wir die so dringend benötigten Rohstoffe vom Ausland hereinbekommen und wird der zur Hebung unserer Industrie nötige Warenaustausch beginnen können. Jede Hinausschiebung des Zeitpunktes vergrößert die Arbeitslosigkeit und damit die Notlage unseres Volkes. Wir werden in wenigen Wochen bei Fortdauer der jetzigen Verhältnisse Hunderttausende von Arbeitslosen haben, und immer mehr industrielle Betriebe werden zum Stillliegen kommen. Deshalb ist auch die heutige Zeit die denkbar ungünstigste für die teilweise maßlosen Lohnforderungen der Arbeiter und für Einführung schwerwiegender sozialpolitischer Neuerungen. So sehr wir eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen unserer Arbeiterschaft begrüßen, müssen wir doch unter den heutigen Verhältnissen dringend vor zu weitgehenden Forderungen warnen, da dadurch die Allgemeinheit unbedingt schwer geschädigt wird. – Selbst Karl Kautsky forderte vor wenigen Tagen in der Berliner „Freiheit“, daß an Stelle des Kampfes gegen die Nationalversammlung, der Kampf um sie mit voller Kraft aufgenommen wird, denn die Massen verlangen nach einem Aufbau einer neuen Regierung, nicht nach Verewigung der Unruhe, nicht nach Verlängerung des Krieges durch Bürgerkrieg.

Max v. Bleichert, Leipzig.

Es gibt kaum eine Bevölkerungsschicht, die mehr Ursache hätte, mit gespannter Erwartung der Zukunft und der Nationalversammlung entgegenzugehen, als die zwei Millionen Angestellten in Handel, Industrie und Gewerbe. Nicht nur aus dem allen Volksgenossen gemeinsamen Grunde, daß feste Verhältnisse geschaffen werden müssen, damit die deutsche Wirtschaft und mit ihr die Arbeit wieder in Gang kommt, sondern auch aus Gründen des eigenen, besonderen Lebens. Diese Angestellten waren schon vor dem Kriege eine wachsende Schicht, eine Zukunftsschicht. Wachsend an Zahl und damit an Gewicht als Staatsbürger und als Verbraucher. Wachsend aber auch an Bedeutung im wirtschaftlichen Prozeß: immer mehr steigert sich ihr Anteil an der Verwaltung der Betriebe, gehen Leistung und Leitung in die Hände von Angestellten über. Man denke an die Aktiengesellschaften und die anderen Gesellschaftsformen (das hat die Sozialdemokratie im Auge, wenn sie lehrt, daß die Unternehmer sich nach und nach selbst überflüssig machen). Und wenn die Zukunft, in die das goldene Tor der Nationalversammlung hineinführen soll, Sozialisierung bringt, also in mancherlei Formen Umwandlung von Privatwirtschaft in öffentliche Wirtschaft, so wächst damit wiederum der Anteil der Angestellten an der Gesamtarbeit des Volkes. Im Gesehlichen zeigen sich Einwirkungen auf das Angestellten-schicksal im ganzen, und zwar sowohl Hoffnungen als auch Gefahren und Sorgen. Alle Angestellten nehmen Teil an diesem Schicksal, die der Unterschicht, die zum Teil proletarisch denkt, aber auch die der breiten Mittelschicht und der Oberschicht; denn reich gegliedert wie das Leben selbst ist die Angestellten-schicht, auch nach ihrer Zugehörigkeit zum Großbetrieb oder Mittel- und Kleinbetrieb und zu dem weiten Gebiet des eigentlichen Handels. Eine lange Stufenleiter von Leistung und Einkommen, wie sonst nur noch bei den Beamten des öffentlichen Dienstes, und eine Quelle von Schwierigkeiten für die sozialpolitische Arbeit; aber auch eine Heraushebung und ein Vorteil, denn über viele Stufen hinweg ist dem einzelnen Aufstieg möglich, wie sonst in keinem anderen Berufe: dem einzelnen, der mit seinem Willen und seiner Rüstung sich ernstlich darauf einstellt. Eine wachsende Schicht, die doch ihrer Kraft sich nicht immer bewußt war, auch nicht ihrer Bedeutung, die aber Veräumtes nachholen will, sozialpolitisch und staatsbürgerlich. Eine Schicht, deren Bedeutung aber auch viel verkannt worden ist und noch verkannt wird, besonders von der Arbeitgeber-schicht, die der geistigen Arbeit sehr oft das versagt, was sie der Handarbeit, willig oder unwillig, zugestand. Das weist auf die Ursachen hin: die Machtmittel sind nicht gleich, die Angestellten können nicht als „Masse“ wirken – aber auch auf die natürliche Auswirkung dieses Ursächlichen: Mittel und Wege der Standesbewegung und ebenso gesetzliche Sicherungen, Einrichtungen, Rechtsverhältnisse müssen den besonderen Bedürfnissen angepaßt sein, z. B. gesetzliche Grundlage und Schutz für Gehaltsvereinbarungen statt des in weiten Gebieten nicht anwendbaren Streiks, mit einem Wort: Angestelltenpolitik, nicht Arbeiterpolitik! Die Nationalversammlung eröffnet eine Fülle von Möglichkeiten, Hoffnungen und Aufgaben.

Die Angestellten werden in der Nationalversammlung vertreten sein. Aber das ist nur ein erstes Anfassen der Notwendigkeiten einer unerhört schweren Zeit. Es muß als Quelle der Kraft dahinter stehen das große Wollen, das Erwachen weiter Kreise des Standes, die ihre Pflicht bisher nicht getan haben, das Bekenntnis zur Standespflicht und zur Staatsbürgerpflicht.

J. Reif,

Vorsitzer des Verbandes Deutscher Handlungsgehilfen, Leipzig.

Bei der Beantwortung der Frage, was die deutsche Industrie von der Nationalversammlung erwartet, wird streng zu unterscheiden sein zwischen Industrie und Industriellen. Zur Sicherung irgendwelcher Vorteile für einzelne Personen darf in einem republikanischen Staatswesen kein Raum sein. Soweit aber die Industrie als Ganzes, als wichtigster der Allgemeinheit dienender Faktor unseres Wirtschaftslebens in Frage kommt, hat sie von der Nationalversammlung außerordentlich viel zu erwarten. Sie kann vor allem erwarten eine Beseitigung der jetzt bestehenden Unsicherheit, die unser ganzes Wirtschaftsleben ergriffen hat, die sich lähmend auf die Produktion legt und

eines der größten Hindernisse bildet für die Umstellung der Produktion auf die Friedensbedürfnisse, und die den so dringend notwendigen industriellen Wiederaufbau hindert.

Das Volk braucht Waren aller Art. Notwendig ist die Herstellung und Instandsetzung von Maschinen zur Wiederaufrichtung großer Industriezweige, zur Herstellung von Werkzeugen und anderem dringenden Bedarf. Wir brauchen Wäsche und Kleidungsstoffe. Wohin man sieht, gilt es, aufzubauen, auszubessern und wiederherzustellen. Alles das, was während des Krieges in Grund und Boden gewirtschaftet worden ist, Straßen, Häuser, Wohnungen, Verkehrsmittel und vieles andere, bedarf möglichst umfangreicher Reparaturen. Zur Herstellung von Wohngebäuden sind Baubestandteile mancherlei Art erforderlich. Wo so viel Mangel an den nötigsten Bedarfsgegenständen vorhanden ist, fehlt es gewiß nicht an Arbeitsmöglichkeiten. Aber von diesen Möglichkeiten wird nur ein äußerst beschränkter Gebrauch gemacht, weil niemand weiß, wie die politischen Zustände sich gestalten, weil die Unsicherheit im Wirtschaftsleben jede Energie unterdrückt, jede Schaffensfreude lähmt. Vorbedingung für eine fruchtbare industrielle Betätigung ist politische Ordnung und Gesetzmäßigkeit. Durchaus nicht in dem Sinne, wie das unter den alten Gewalten der Fall war, sondern im neuzeitlichen Geiste, aber Ordnung und Gesetzmäßigkeit auf jeden Fall. Es bedeutet nicht nur Unordnung, sondern großen Widersinn, wenn in einer Zeit, in der der Bedarf des Volkes am größten ist, die Arbeitslosigkeit zu ungeahnter Höhe anwächst. Die Arbeiter sind es, die am meisten unter solchem Zustande zu leiden haben. Die Arbeiter haben deshalb das größte Interesse, daß Industrie, Handel und Gewerbe wieder flottgemacht werden, nicht der Unternehmer, nicht des Profits wegen, sondern zu ihrem eigenen Nutzen. Bergesellschaftung der Betriebe! Gewiß ein ausgezeichnetes Mittel, um den einzelnen den Profit zu entreißen und die Produktionsmittel der Allgemeinheit nutzbar zu machen. Ein Mittel, das zu geeigneter Zeit am geeigneten Objekt durchgeführt werden muß, nicht aber von heute auf morgen reiflos durchgeführt werden kann, am wenigsten innerhalb äußerst verworrener und unhaltbarer politischer Verhältnisse. Selbst wenn die Bergesellschaftung mit einem Schläge durchgeführt werden könnte, würde sie dann unter der jetzigen allgemeinen wirtschaftlichen Unsicherheit irgendwie erfolgreich wirken können?

Die Industrie braucht Rohstoffe, sie braucht Zufuhr vom Ausland. Wir sind vom Ausland abgeschnitten und werden aus dieser bedrohlichen Lage kaum eher befreit werden, ehe tatsächlich der Friede eintritt. Friede und Nationalversammlung scheinen aber heute untrennbar. Je eher die letztere kommt, um so mehr steigt die Aussicht auf baldigen Friedensschluß. Es mag sein, daß die Nationalversammlung nicht der einzige Weg ist, der zum Frieden führt. Aber sie ist sicher der wichtigste und der gangbarste Weg.

Arbeitslosigkeit, Massenelend und daneben eine Industrie, die den Massen Beschäftigung bieten könnte, wenn sie mit Rohstoffen ausgerüstet wäre und ihre Zuversicht und Sicherheit wiedergewinnen könnte. Diese Gegensätze sind natürlich unhaltbar, und mit dem Wachsen der Ungewißheit wachsen hunderterteil andere Gefahren, die das Elend vergrößern.

Und welche Gefahren bestehen für die sozialpolitischen Einrichtungen, für die Unterstützungseinrichtungen der Armen, der Arbeitslosen, der Kranken, der Kriegsbeschädigten, der Witwen und Waisen, welche Gefahren auch selbst für die Errungenschaften der Revolution, besonders soweit diese auf wirtschaftlichem Gebiete liegen! Jeder wirtschaftliche Niedergang hat bisher stets nachteilig auf die Arbeiterorganisationen eingewirkt, um so mehr wird damit zu rechnen sein, wenn der Niedergang in einem nie gekannten und nie geahnten Umfang eintritt. Mit der Schwächung ihrer Organisationen werden aber die Arbeiter ihrer besten Stützen beraubt. In einem Industrie-staate mit einer solchen gewaltigen industriellen Arbeiterschaft, mit einem so großen Hunger nach Industrieerzeugnissen bildet die Industrie zweifellos die Seele des Staates. Liegt sie lahm, und fehlt ihr die Kraft, sich aufzurichten, so muß das ganze Volk, der ganze Staat dem Verderben anheimfallen. Es ist daher erklärlich, daß die Industrie nach einem Ausweg aus dieser unheilvollen Situation sucht, und daß sie ihn suchen muß in der Forderung nach Gesetzmäßigkeit, in der Forderung nach Bildung einer Nationalversammlung. Die Erwartungen, die die Industrie auf die Nationalversammlung setzt, treffen in diesem Falle mit den Erwartungen aller denkenden Arbeiter zusammen. Es handelt sich nicht um die Wahrnehmung der Interessen einzelner oder einzelner Gruppen, sondern um die Interessen des gesamten Volkes.

H. Lüttich, Gewerkschaftssekretär.

Jahrzehntelang haben die Arbeiter um die wirtschaftliche und politische Gleichstellung gekämpft. Ein kurzfristiges Unternehmertum, beherrscht vom Machtdünkel, sah das berechtigte Streben der Arbeiter nur mit Widerwillen, bekämpfte jede gesetzliche Reform zugunsten der Arbeiter und ihrer Organisationen auf das heftigste. Wenn schon einzelne Unternehmer, ja selbst kleinere Unternehmergruppen den Arbeitern einiges Verständnis entgegenbrachten – die Schwerindustrie mit ihrem gewaltigen politischen Einfluß verhinderte jede ernsthafte Reform. Kurz vor Ausbruch der Revolution las man mit Erstaunen, daß die Unternehmerverbände die Arbeiterorganisationen nunmehr als gleichberechtigt anerkennen wollten. Zu spät kam die Einsicht! Mit kurzem Ruck schob die Revolution alles beiseite, was der Arbeiterbewegung hinderlich war. Auf dem Wege des Dekrets wurden Ziele erreicht, die sich sonst im jahrelangen Kampfe nicht hätten durchsetzen lassen. Die Nationalversammlung hat nun die Aufgabe, diesen Verordnungen Gesetzeskraft zu verleihen bzw. sie zu bestätigen. An erster Stelle steht das Gesetz über den Achtstundentag. Diese für die Arbeiter wichtigste Errungenschaft der Arbeiterschaft zu sichern, sollte jeder gewählte Nationalrat als Ehrenpflicht betrachten. Da wo eine Steigerung der Produktion notwendig ist, kann die Doppelschicht eingeführt werden, die bei der Mehrheit der Arbeiter keinen Widerstand findet, sofern die Nachschicht vermieden wird.

Großzügige Sozialpolitik ist eine Selbstverständlichkeit in einer sozialistischen Republik. Die Arbeiter können erwarten, daß die Erwerbslosenfürsorge als augenblicklich notwendiges Gesetz sofort bestätigt und auf zentraler Grundlage durchgeführt wird. – Nicht weniger dringend scheint mir Wohnungsbau auf gemeinnütziger Grundlage bzw. ein Ansiedlungsgesetz, um ein übermäßiges Wachsen der Großstädte zu verhindern. – Jeder Volksgenosse sollte mit sechzig Jahren in die Lage versetzt werden, auszuspannen; wenigstens dürfte er dem Kampfe ums Dasein nicht mehr ausgesetzt sein. Altersheime auf dem Lande mit der Möglichkeit leichter Gartenarbeit usw. müssen geschaffen werden. Jedoch müßte die Freiwilligkeit gewahrt sein, so daß jeder, der bei Familienangehörigen seine Unterkunft findet, weiter wie bisher mit Geld unterstützt wird. Soll man über Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, Arbeiterkammern usw. jetzt noch sprechen? Fragen, die schon vor Jahren im alten Staate hätten gelöst werden müssen. Die Unternehmer wären heilfroh, wenn nur diese jetzt nebensächlichen Fragen Erfüllung heischen!

Sozialisierung der Betriebe – das ist für die Unternehmer der Schreckenruf der Revolution. Daß die Arbeiter von der Nationalversammlung in dieser Hinsicht viel erwarten, ist verständlich. Und trotzdem ist der größte Teil der Arbeiterschaft dem Gedanken zugänglich, daß eine sofortige reiflose Erfüllung ihrer diesbezüglichen Wünsche katastrophal wirken müßte und sie deshalb Geduld haben müssen. Die Nationalversammlung muß aber zeigen, daß sie die Entwicklung in der Richtung zur sozialistischen Republik begünstigen will, wenn sie nicht von vornherein den Kredit bei den Arbeitern verlieren will. Da selbst die bürgerlichen demokratischen Parteien einer „mäßigen Sozialisierung“ das Wort reden, so ist zu erwarten, daß die „dazu reifen Betriebe“ baldigst der Gesellschaft zur Verfügung stehen.

Noch zunächst möge die Nationalversammlung uns einen erträglichen Frieden bringen und damit baldigste Besserung unserer Ernährungsverhältnisse – und dann an die Arbeit zum Segen des gesamten Volkes!

A. Zimmermann, Metallarbeiter.

O, quae mutatio rerum



Frau

Arbeiterkollektion

Rolle

Umschichtung der Welt

Recht der Junglinge

Zollzeitung

Immer mehr von uns

Republik

Hans A. Müller 1918



ERNEMANN CAMERAS

gelten als unübertrefflich. Unser stetes Bemühen, auch die bewährtesten Modelle weiter zu verbessern und zu vervollkommen, rechtfertigt dieses Vertrauen und macht jeden Käufer zum überzeugten Freund unseres Erzeugnisses. Bezug durch alle Photohandlungen. Preisliste kostenfrei.

ERNEMANN-WERKE A-G. DRESDEN 126.
Photo-Kino-Werke Optische Anstalt.

Niederlage der „Ernemann-Fabrikate“ bei:
Photo-Leisegang, Berlin
Tauentzienstr. 12 Schloßplatz 4

Körperpflege

durch Wasser, /
Luft und Sport.

Eine Anleitung zur Lebenskunst von
Dr. Julian Marcuse. Mit 121
Abbildungen. Gebunden 6 Mt. 90 Pf.
Verlag von J. J. Weber, Leipzig 26.

Mir oder Mich?

Vorzügl. Lehrbuch der deutschen Sprache
2. Rechnen 3. Schönschreiben 4. Rundschrift
5. Stenographie Stolze-Schrey 6. Maschi-
nenschreiben 7. Buchführung (einf., dopp.,
amerik.) 8. Rechtsanw. i. Hause 9. Brief-
steller 10. Rechtschreiblehre 11. Fremdwör-
terbuch 12. Geographie 13. Gut Englisch
14. Gut Französisch 15. Der gute Ton 16. Auf-
sichtslehre. 16 vorzügl. Lehrbücher, zus. M. 21,
einzel. M. 1.40 Nachn. L. Schwarz & Co.,
Berlin 14a. Wir liefern auch jed. and. Buch

Spezial- antiquariat für Bücher, Kupferstiche, Autographen.

Ankauf ganzer Bibliotheken, Einzel-
werte, Handschriften, Cliche aller Art.
Neue Bücher und Zeitschriften des In-
und Auslandes werden unter günstigen
Bedingungen prompt besorgt. Die
große Zahl der in meinen Besitz über-
gegangenen Bibliotheken ist der beste
Beweis für die Realität der von mir ge-
zahlten Preise. Ich kaufe u. a. die Biblio-
theken des bekannten Goethe- u. Kieff-
forschers Prof. Karl Siegen, Leipzig;
Deutsche Literatur, Musik, Theater und
Kunstgeschichte; vom Geh. Reg.-Rat
Ulrich, Charlottenburg: Romanische
Philologie, engl. u. französl. Literatur
und Sprache; vom Prof. Scheer,
Breslau: Klassische Philologie und
Archäologie; vom Südbayer Prof.
Zinsch, Braunschweig: Reiseverle über
Australien, Ozeanien und Neuseeland;
vom Chefredakteur vom Globus,
Herrn. Singer, Berlin: Reiseverle,
Länder- und Völkertunde.
Meine Antiquariatskataloge
stehen kostenlos zu Diensten.
Antiquariatskatalog Nr. 6: Allgemeine
u. deutsche Geschichte vom Mittelalter
bis zur Neuzeit. (Enth. u. a. die Biblio-
thek Prof. Wiegand, Straßburg i. Elß.)
Derselbe Nr. 8: Autographen, Kunst,
Folklore, Kulturgeschichte, In- u. aus-
ländische Literatur, Zeitschriften aller
Arten, Napoleon Lu. f. Zi., Numismatik,
Orientalia, Porträts, Stammbücher,
Uniformverle. Ders. Nr. 10: Slavische
Geschichte, Literatur u. Sprache. (Enth.
u. a. die Bibliothek Prof. Strefl, Graz.)
In meinem Verlage erschien soeben:
Hönlisch-Müller: Schlummerlied
in Kriegeszeiten M. 1.50, Entfugung
M. 1.50, Am Scheideweg M. 1.50,
Schneeflocken M. 1.50, für Gesang
und Klavier.
Rudolph Hönlisch,
Buchhandlung und Antiquariat,
Leipzig-Co., Gustav-Freytagstr. 40.

Kurt Wolff Verlag / Leipzig

Heinrich Mann

„Die kommende Generation wird Heinrich Mann
als Repräsentanten eines neuen Deutschlands zu
werten haben“, schrieb vor Jahren das „Berliner
Tageblatt“. Der Tag ist heute da: Heinrich Mann
ist der erste Autor des neuen Deutschlands!

Im Mittelpunkt des Interesses steht:

Der Untertan

Roman / Gebunden M. 7.50
Das Deutschland Wilhelms II.

Von einem, der es früher als andere durchschaut hat / Im Juli 1914 beendet, konnte
das Werk jetzt im Dezember 1918 nach Aufhebung der Zensur endlich erscheinen.

Die Fortsetzung des „Untertan“ bildet der soziale Roman:

Die Armen

Gebunden M. 7.50

Heinrich Manns Roman „Die Armen“ ist das Buch des Kampfes der Friedenszeit:
des Kampfes des nach Freiheit der Entwicklung, nach Bildung, Licht hungern-
den Arbeiter gegen den saften Kapitalismus. Kein gehässiges Buch, aber ein
Buch leidenschaftlichen, ehrlichen Hasses. Ein Buch vollkommener Einfachheit
u. Klarheit, ein Buch, das alle angeht, ein Buch, das jeder verstehen soll u. wird.

Früher erschienen:

Heinrich Manns Revolutionsdrama

Madame Legros

Gebunden M. 5.-

Heinrich Mann

Gesammelte Romane und Novellen

Inhalt: Im Schlaraffenland / Die drei Romane der Herzogin von Assy:
Diana, Minerva, Venus / Die Jagd nach Liebe / Professor Unrat / Zwischen
den Rassen / Die Novellen (2 Bde.) / Die kleine Stadt.

Zehn Bände, einzeln je M. 7.50 gebunden.

In allen Buchhandlungen erhältlich.

2 echte billige Briefmarken

Alle verschieden!
125 alle Montenegro nur M. 3.50
15 Türkei Krieg M. 3.75 5 gest. Warschau M. 2.25
18 gest. Nyassa „4—5 alte Sachsen 2.25
1000 verschied. nur „25—2000 versch. nur „80—
100 verschied. Kriegsmarken der Zentralmächte nur 17.50
Max Herbst, Markenh., Hamburg A.
Illustr. Markenliste auch über Alben und
kostenlos.
Kriegsnotgeld

Webers Illustrierte Handbücher
Prospekt kostenlos. J. J. Weber, Leipzig 26

Zur Leipziger Messe: Reichskanzlerhaus, Stand 109

JEDER FABRIKANT



Betriebsleiter Ingenieure
Raufmann

erhält gegen 164- unsere famose technisch-
industrielle Wochenchrift ein ganzes Jahr
mit vier kriegswichtigen Beiblättern geliefert

SÜDDEUTSCHES INDUSTRIEBLATT

Jedes Heft 48
Seiten Umfang **STUTT GART** 1 5 0 0
Postcheckkonto 5581 Stuttgart / Verlag Eugen Wahl

Zur Leipziger Messe: Reichskanzlerhaus, Stand 109

Lesen Sie!

DIE WELT-LITERATUR

DIE BESTEN ROMANE & NOVELLEN

JEDE WOCHE
EIN VOLLSTÄNDIGES WERK

EINZELNUMMER 25 Pf. — 1/4 JÄHRLICH 3 M.

ZU BEZIEHEN DURCH:
JEDER BUCHHANDLUNG,
POSTANSTALT- ODER
DEN VERLAG
DIE WELT-LITERATUR,
MÜNCHEN

PROBENUMMER KOSTENLOS

Soeben erschienen:

Theodor Storms sämtliche Werke

Neue wohlfeile Ausgabe, 3 Bände gebd. 19.80 M.
einschließlich Teuerungszuschlag.

Inhalt: Immensee. Späte Rosen. Auf
dem Staatshof. Ein grünes Blatt. Im
Schloß. Unter dem Tannenbaum. Ab-
seits. Von Jenseits des Meeres. Angelika.
Im Sonnenschein. In St. Jürgen. Eine
Malerarbeit. Auf der Universität. Post-
huma. Wenn die Äpfel reif sind. Drüben
am Markt. Der kleine Häwelmann. Ge-
schichten aus der Tonne. Im Saal. Ver-
nika. Marthe und ihre Uhr. Hinzelmeyer
Viola tricolor. Draußen im Heidedorf.
Zerstreute Kapitel. Aquis submersus.
Beim Vetter Christian. Eine Halligfahrt.
Pole Poppenspäler. Waldwinkel. Ein
stiller Musikant. Psyche. Eckenhof. Im
Brauerhause. Renate. Carsten Curator.
Ein Doppelgänger. „Es waren zwei
Königskinder“. Zur „Wald- u. Wasser-
freude“. Hans und Heinz Kirch. Zur
Chronik von Grieshuns. Der Herr
Etatsrat. Ein Fest auf Haderslephuus.
Vötjer Basch. Schweigen. Der Schim-
melreiter. Die Söhne des Senators.
Im Nachbarhause links. John Riew'.
Ein Bekenntnis. Meine Erinnerungen
an Eduard Mörike. Gedichte. :: ::

Theodor Storm ist der Dichter zartester Stimmungen, feinsten und stillster
Seelenregungen, aber aus seinen unvergänglichen Meisterwerken spricht auch
der entschlossene Lebenskämpfer, der allen rauhen und feindlichen Schick-
salsmächten mutig ins Auge blickt und sie zu überwinden weiß. Theodor
Storm ist der Dichter deutscher Heimatliebe, deutschen
Stolzes und deutscher Standhaftigkeit.

Ich liefere gegen bar franko — ohne Berechnung der
Verpackung. — Gegen monatliche Ratenzahlungen 5 M.
Porto und Verpackung zu Lasten des Empfängers.
Auf Wunsch auch zur Ansicht.

Buchhandlung Heinrich Z. Gonski, Köln,
Barbarossaplatz 7. — Fernruf B 8471. — Postscheckkonto 50 903, Köln.

Leipziger Lebensversicherungs- Gesellschaft auf Gegenseitigkeit

(Alte Leipziger)

Gegründet 1830 * Leipzig * Dittichring 21

Versicherungsbestand

1 Milliarde 179 Millionen Mark

übernimmt Versicherungen unter

günstigsten Bedingungen

und gegen

billigste Beiträge

Galerie Schneider, Frankfurt a. M.

Rossmarkt 23

Meisterwerke moderner Kunst.

spec. *Jacob Jowar*

Gemälde junger zukunftsreicher Künstler

GRAPHIK insbesond. von Hans Thoma
u. selt. Boehle-Radierungen.

Angebote aus Privatbesitz möglichst mit Photo unter
Angabe von Künstler, Titel, Maß und Preis erwünscht.

**Überverfaltung, Schwindelanfälle,
Herzabklemmungen, Angst- und Schwächezustände.**
Verlangen Sie ausführliche Gratis-Broschüre.
Dr. Gebhard & Cie., Berlin 169, Potsdamer Straße 104 a.

Dr. Ernst Sandow's Künstliches Emser Salz

bei Erkältung altbewährt. — Man verlange
ausdrücklich **Sandow's Salz.**

ALTBERÜHMTE ERZEUGNISSE

Gaedeke

HAMBURG

KAKAO SCHOKOLADE KEKS

ZUR ZEIT AUSVERKAUFT

Allgemeine Notizen.

Hochschulnachrichten. In das preussische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung wurden berufen: in die Presseabteilung der Privatlehrer Witz und als fachpädagogischer Beirat an Stelle des ausgeschiedenen Fritz Kunert die Schulvorsteherin Frieda Windelmann. — Wie wir hören, ist der außerordentliche Professor für öffentliches Recht an der Universität Marburg Dr. jur. et phil. Victor Bredt zum ordentlichen Professor daselbst ernannt worden. Dr. Bredt gehörte seit einigen Jahren dem preussischen Abgeordnetenhaus als Mitglied an. — Das preussische Kultusministerium hat die Einschaltung eines medizinischen Semesters für die aus dem Felde heimkehrenden Studierenden in der Zeit von Februar bis April 1919 beschlossen.

Die Auskunftsstelle für Ansiedlungsweesen, Abteilung des Vereins für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege, Berlin SW 11, Bernburgerstr. 13, hat in der von Geheimrat Dr. Friedrich Seeßelberg geleiteten Ausstellung „Sparsame Baustoffe“ in den Ausstellungshallen am Zoologischen Garten in Berlin eine

Nebenstelle errichtet, die täglich von 11 bis 1 und von 3 bis 5 Uhr geöffnet ist und in der unentgeltlich Auskunft über die Siedlungsangelegenheiten und Bedingungen in den einzelnen Landes-teilen erteilt wird. Bei der äußerst starken Nachfrage nach Siedlungsgelegenheit und dem lebhaften Interesse für alle Siedlungsfragen dürfte diese Auskunftsstelle eine bedeutsame Bereicherung der vielgenannten Ausstellung sein.

Unter der Bezeichnung „Verband deutscher Handelsanwälte“ hat sich eine Reihe Berliner und auswärtiger Handelsanwälte zusammengeschlossen. Zweck ist die Wahrung der Standesinteressen und die Fernhaltung ungeeigneter Elemente vom Berufe des beratenden Kaufmannes. Sitz des Verbandes ist Berlin W 35, Potsdamerstr. 118, I.

Sparsam wirtschaften, vor allem bei Verwendung und Zubereitung der Nahrungsmittel! Es sei erneut auf den Gebrauch von Kochkisten hingewiesen, durch deren Benutzung eine große Ersparnis an Feuerungsmaterial und an Zeit erzielt wird; auch sind die in der Kochkiste hergestellten Speisen ergiebiger und nahrhafter als die auf Herdfeuer zubereiteten. Als vollen Ersatz für den Küchen-

herd kann jedoch nur eine Kochkiste gelten, in der man außer Dünsten und Kochen auch zuverlässig braten und schmoren kann. Diese Bedingungen erfüllt die Heinele-Männchen-Kochkiste, die sich seit Jahren so außerordentlich bewährt hat, daß sie in Tausenden von Haushaltungen zu finden ist. Die Heinele-Männchen-Kochkiste stellt die Speisen in derselben Zeit her wie der Küchenherd; sie bedarf keiner Aufsicht; ein Anbrennen oder Überkochen der Speisen ist ausgeschlossen. Heinele-Männchen-Kochkisten sind in allen besseren Haushaltungsgeschäften und Wirtschaftsabteilungen erhältlich. Auch versendet die Heinele-Männchen Aktien-Gesellschaft, Berlin NW 40, Heibestr. 52 kostenfrei die illustrierte Preisliste nebst ausführlicher Gebrauchsanweisung.

Unerwünschter Haarwuchs ist unschön. Das beste, vielleicht das einzige Mittel von wissenschaftlichem Wert hiergegen ist die Behandlung durch Elektrolyse. Es gehört allerdings große Übung und Geschick dazu, sie auszuführen. Ein Nachwachsen der epiliierten Haare ist dann aber auch ausgeschlossen. Näheres kostenlos von Frau Elise Bock, G. m. b. H., Charlottenburg 38, Kantstraße 158 (am Zoo).

St. Blasien Sanatorium Luisenheim

Südlicher Schwarzwald. 800 m ü. d. M. Kurhaus (Klostergasthof u. Schwarzwaldhaus)

Für Herz-, Magen-, Darm-, Stoffwechsel- und Nervenranke (ausgenommen infektiös Erkrankte). Physikalische Heilmittel jeglicher Art. Wintersport.

Diätikuren. Vorzügliche Einrichtungen für Winterkuren.

Im Winter gemeinsame Küche im Luisenheim. Näheres durch den Prospekt.

Thüringer Waldsanatorium SCHWARZECK Bad Blankenburg i. Thüringerwald für Nervöse und innerlich Kranke (auch Erholung). — Schönste Umwelt. Gute Verpflegung. Jede Bequemlichkeit. Leitende Ärzte: Besitzer Sanitätsrat Dr. Wiedeburg, Sanitätsrat Dr. Poensgen (früher Bad Nassau), Dr. Wichura (früher Schierke), Dr. Happich (früher St. Blasien). — Prospekte und Auskünfte kostenlos durch die Schwarzecker Verwaltung.

Dr. Wigger's Kurheim, Partenkirchen (Bayerisches Hochgebirge) Sanatorium für Innere, Stoffwechsel-, Nervenranke, Kurbedürftige, durch Klima und Einrichtung besonders auch geeignet zur Nachbehandlung von Kriegsschäden aller Art. Auskunftsbuch.

Sanatorium v. Zimmermann'sche Stiftung, Chemnitz 16. Vollkommenste und modernste Anstalt für physikalisch-diätetische Behandlung. Großer alter Park, freie Höhenlage. Behagliche Wohnräume, Zanderinstitut, Bäder, Luftbäder, Emser Inhalatorium usw. Individuelle Diät. Seelische Beeinflussung. Behandlung von Nerven-, Verdauungs-, Herz-, Hautleiden, Nervenverfallung, Gicht, Rheumatismus, Frauenleiden usw. Militär. Prospekt frei. 3 Ärzte. Chefarzt: Dr. Voelbel

San.-Rat Dr. Wanke, Friedrichroda i. Th. Kuranstalt f. Nerv.- u. Seelisch-Leidende. Spezialkur bei allen Störungen des Unterbewußtseins: Zwangsvorstellungen, Angstgefühlen, Schwermut usw.

KURHAUS für Nerven- u. Gemütsranke Tannenfeld bei Nöbdenitz, Sachsen-Altenburg, Linie Glauchau-Göbnitz-Gera. Landschaftlich schöne, isolierte Lage auf einem Höhenrücken inmitten eines 15 ha großen alten Parks. — Warmwasserheizung. — Elektr. Beleuchtung. — Fünf getrennt liegende Villen. — Entziehungskuren. — Gelegenheit zu Beschäftigung. — Das ganze Jahr geöffnet. — Prospekte durch den Besitzer Dr. med. Tecklenburg.

Sanatorium Elsterberg für Herz-, Magen-, Nieren- und Stoffwechselranke, Nervenranke (Neurastheniker, Entziehungskuren), nicht operative Frauenleiden u. Erholungsbedürftige, Lungen- und Geistesranke ausgeschlossen. Das ganze Jahr geöffnet. Prospekte frei. Dr. R. Römer jr. San.-R. Dr. Römer

Dr. Nöhring's Sanatorium für Lungenranke Neu-Coswig i. Sa. Eig. Beh.-Meth. mit glänzend. Erfolgen. Rechl. Verpfleg. 20 bis 25 Mark tägl.

Freimaurer-Stiftung „Margaretenhaus“ Berlin, Lützowufer 14. Frauenklinik und Entbindungsanstalt für Frauen aller Stände.



Aufsicht: Verein „Deutsche Volkskraft“ (e. V.). Aerztl. Leitung: Professor Dr. W. Liepmann, Frauenarzt. Billige Mittelstandspreise. Nähere Auskunft gibt die Geschäftsstelle des Vereins „Deutsche Volkskraft“ (e. V.), Berlin, Lützowufer 14 (Fernspr.: Lützow 4420).

Weisser Hirsch bei Dresden. Sanatorium Dr. Steinkühler. 14 Betten. erfolgreiche individuelle Kuren. biochem. Laboratorium. Augenkuren. — Weiteres durch Prospekt.

Tannenhof Dr. Stielings Waldsanatorium Friedrichroda. Auskunft umsonst bei Schwerhörigkeit, Ohrgeräusch, nerv. Ohrschmerzen. Glanz. Anerkennungen. Sanis-Versand München 94b.

Auskunft umsonst bei Schwerhörigkeit, Ohrgeräusch, nerv. Ohrschmerzen. Glanz. Anerkennungen. Sanis-Versand München 94b.

ORIZALINE gibt grauen Haaren sicher die Naturfarbe wieder. Fl. 5 Mk. Apt. J. Gadebusch, Posen, Abt. F.-P.

Heinr. Thiele & Comp., Berlin S. 42 Prinzenstraße 86 — Gegründet 1881 Maschinenfabrik, Mechanische Werkstatt und Gravieranstalt SPEZIALFABRIKATION: Numerier-Einrichtungen zur Massen-Numerierung von Losen, Billets usw. in Schnell-, Hand- und Tiegeldruckpressen Ziffernwerke zum automatischen Numerieren im Schriftsatz Paginier-Numerier-Maschinen für Fuß- und Handbetrieb eigener bewährter Konstruktionen. Post-Datumstempel, Selbstfärber, Ziffer- und Linien-Perforier-Maschinen, Kupon-Entwerter, Hebel- und Schlagpressen. Kataloge kostenlos.

Gustav Kocks Drahtseilerei Mülheim-Ruhr Broich Drahtauschrift: Drahtkocks, Mülheimruhr Fernspr. Nr. 253 u. 254

Unterricht, Literatur und Sammelwesen.

Fürstliches Konservatorium in Sondershausen. Hochschule für Dirigenten, Gesang, Klavier, Komposition und Orchester, Orgel, Harfe, Kammermusik usw. Großes Schülerorchester und Opernaufführungen, dirigiert durch Schüler. Mitwirkung in der Hofkapelle. Vollständige Ausbildung für Oper und Konzert. Reifeprüfungen und Zeugnisse. Freistellen für Bläser und Bassisten. Aufnahme Ostern, Oktober und jederzeit. Prospekt kostenlos. Gegründet 1883. Hofkapellmeister Prof. Corbach.

Technische Hochschule Danzig. Am 1. Februar 1919 beginnt nach Beendigung des jetzigen nochmals ein Wintersemester mit dem gewöhnlichen Programm. Außerdem werden Vorbereitungskurse zur Überleitung in den Hochschulunterricht und Wiederholungskurse nach Bedarf abgehalten. Einschreibungen bis zum 15. Februar. Die Studierenden finden auch schon vorher Anleitung, um am 1. Februar dem Unterricht folgen zu können. Kurze Programme sind vom Geschäftszimmer der Hochschule schon jetzt zu beziehen, ausführliche Programme etwa vom 5. Januar 1919 ab gegen Ein-sendung von 30 bzw. 65 Pf. Der Rektor.

Löcherheim Anna Krause, Dresden, Berderstraße 44, a. d. Luftstraße. Eigens erbaute moderne Villa in freier Lage. Zentralheizung, fließendes Wasser in den Schlafzimmern, Bäder, Turn- u. Tanzsaal, elektrisches Licht, Tennisplätze, großer Garten. Lehrfächer: Sprachen, Wissenschaften, Kunst. Körperausbildung durch hygienisch-athletische Gymnastik, Sport. Referenzen und Prospekt. Anna Krause, wissenschaftl. gepr. Lehrerin.

Erste deutsche Chemieschule für Damen • Dessau 301 Chemische und bakter. Kurse. Prospekte frei.

Lähn i. Riesengeb. Pädagogium Ländliche Schulanstalt Gegründet 1874. Kleine Klassen, real, realgymn. und gym. Ziel: Einjähr. und Vorbereitung auf Obersekunda. Streng geg. Internat famil. Charakter. Beste Pflege, Unterricht und Erziehung. Ökonomie. Sport. Wandern. Bäder. Medizinische Bäder im Sanatorium. Fernruf: Lähn 4. Prospekt frei durch die Direktion.

CASSEL Kaufm. Ausbildung Weiterbildung Blunck & v. Boehn

Barth'sche Privatrealschule mit Internat in Leipzig. Gegründet 1863. Georgiring 5. Die Anstalt besteht aus 6 Real- und 3 Vorschulklassen. Sie hat die Berechtigung zur Ausstellung von Zeugnissen für den einjähr.-frei. Militärdienst. Regelmäß. Arbeitsstunden, sorgfältigste Nachhilfe, gewissenh. Beaufsichtigung. Neues, modern eingerichtet. Schulhaus. Prosp. auf Verlangen. Dir. Dr. L. Roedel.

Musik-Instrumente für unsere Krieger, für Schule und Haus. Preisliste frei! Jul. Heinr. Zimmermann, Leipzig.

Pädagogium Ostrau bei Fiehe. Von Sexta an. Ostern- und Michaelis-Klassen. Erteilt Einj.-Zgn.

Graue Haare und Bart erhalten garant. u. dauernd Naturfarbe und Jugendfrische wieder d. uns. seit 12 Jahren best. bewährt. „Martinique“. Tausende von Nachbestellungen. Sanis-Versand München 94b.

Stottern beseitigt Prof. Rud. Denhardt's Anstalt in Eisenach. Prospekt u. d. wissenschaftlich anerkn. u. mehrfach staatlich ausgezeichnet. Heilverfahren frei.

Webers Illustrierte Handbücher Prospekt kostenlos. J. J. Weber, Leipzig 26.

Baden-Badener Pastillen gegen Katarrh-Husten Schachtelpreis Mk 120 Paffillenfabrik B. Baden

GRITZNER sticken, stopfen, nähen vor- und rückwärts. Bestes deutsches Fabrikat. Für Hausgebrauch und alle gewerblichen Zwecke geeignet 3 Millionen im Gebrauch. Man verlange Katalog! Maschinenfabrik Gritzner A.-G., Durlach Grösste Nähmaschinenfabrik des Kontinents. 3800 Arbeiter.

Rosige Wangen,

Liebreiz, Anmut und jugendliches Aussehen

verschafft sich jede Dame in wenigen Minuten durch Anwendung von



Preis per Tube Mark 2.— oder Kronen 3.—.

erhältlich in allen besseren Drogerien, Parfüm- und Coiffeurgeschäften, oder, wo nicht erhältlich, auch direkt durch die alleinigen Fabrikanten

W. Reichert, G. m. b. H., Parfümeriefabriken, Berlin-Pankow und Bodenbach in Böhmen.

Sehr gesucht und leicht verkäuflich.



Die Carbidgekerze wird p. Std. mit 25 gr Carbidgefüllung in ein Gefäß mit Wasser gestellt, sofort ein helles Licht.



Nr.	1420	1421	1422	1423	1424	1425	1426
MK.	4.-	8.-	8.80	10.50	11.50	3.-	14.50
Verp.	0,60	0,60	0,60	1.-	1.-	0,60	1.-
Postholl.	16	8	4	4	4	6	2

Billigste Bezugsquelle für 1a Specksteinbrenner.



Nr. 712 nur Postversand in 25 Stück Packungen. Nr. 712 wird bis auf weiteres ohne Griff geliefert. Nr. 1421 - 1426 prompt lieferbar.

JOS. PRÉGARDIEN, Cöln-Braunsfeld 36

Sollte durch die Besetzung des linken Rheinufers die damit verbundene Postsperrung länger als 8 Tage dauern, so bitte die Herren Händler ihre Bestellungen in Fabriklisten und Postkollis für Nr. 1421 bis 26 an meine Adresse nach S u n d e r n 1. W., und für Nr. 712 nach K e t t w i g a. d. Ruhr, Feisstrasse zu adressieren.

Sanguinal

Krewel in Pillenform

schnell und nachhaltig wirkendes appetitanregendes, wohlbekömmliches Mittel zur Unterstützung der Genesung nach Blutverlusten und Schwächezuständen. Vorzügliches Mittel gegen Blutarmut und Bleichsucht.

Zu haben in den Apotheken.

Krewel & Co. G. m. b. H., chem. Fabrik, Köln a. Rh.



Gebr. Hartmann

Chemische Fabrik Halle-Amendorf

Ammendorf-Halle (Saale)

Buchdruckfarben

Steindruckfarben, Offsetfarben, feinste Autotypdruckfarben schwarz und bunt, Doppeltonfarben, Mattfarben, Umschlagfarben, Ultraweiß für dunkle Papiere, Kopierdruckfarbe, Blechdruckfarben, Firnisse.

Eigene Chemische Fabrik

für trockene Farben usw.

Vertretung u. Niederlage an vielen größeren Plätzen des In- u. Auslandes.

Wie

gründe ich mir ohne Risiko und ohne Kapital eine gute Existenz?

Von Dr. F. Mutus. Gegen Voreinsendung v. M. 2.70 (Nachnahme M. 3.10) zu bez. durch Verlag Sophus, Charlottenburg 1. - Schließfach 16146.

Buchführung

brieflich sicherer wie jeder mündliche Unterricht. Bücherrevisor M. Gey, Dresden 6 N. 12, Königsbrückerstr. 64.

Briefmarken

Auswahlen an Sammler ohne Kaufzwang. Illustrierte Briefmarkenzeitung gratis. Karl Hennig, Weimar.



Hautjucken

besorgt in einigen Tagen Hautcreme „Radikal“. Sproedt, Bochum 73, Postfach 199. - Mäßige Preise.

L. P. und L. P. P.

Jetzt heißt es, unseren lahmgelegten Außenhandel zurückerobern. Dazu sind französische und besonders englische Sprachkenntnisse unbedingt erforderlich. Wer daher Vorkenntnisse in diesen Sprachen hat, lese die illust. Fortbildungszeitschriften: „Little Bud“ und „Le Petit Parisien“. Der humorvolle, in leichtverständlichem Englisch bzw. Französisch geschriebene Inhalt der beiden Zeitschriften ist mit **Notabeln und Anmerkungen** versehen, so daß das lästige Nachschlagen im Wörterbuch fortfällt. **Über 24000 Bezieher!** Unterhaltend und lehrreich für alle Gebildeten, die ihre mühsam erworbenen Sprachkenntnisse auffrischen und erweitern wollen.

Bestellen Sie „Little Bud“ oder „Le Petit Parisien“ für 1/2 Jahr zur Probe! Preis jeder Zeitschrift vierteljährlich (6 Hefte) durch Buchhandel oder Postamt M. 2.-; als Drucksache vom Verlag M. 2.40 (Kr. 3.60), Ausland M. 2.50. Bitte Nachlieferung der im laufenden Vierteljahr bereits erschienenen Hefte zu verlangen. - Probehefte frei. **Gebrüder Paustian, Verlag, Hamburg 82, Alsterdamm 7.** Bottschafforten: Hamburg 189, Wien 105 274, Budapest 25 102.

Kriegsbriefmarken

der Zentralmächte - Preisliste gratis **W. Franke, Berlin W. 8,** Unter den Linden 17/18 Ankauf von Sammlungen jeder Art.

Interessante Bücher!

Verlangen Sie kostenlose Prospekte von Verlag Aurora, Dresden-Weinböhla.

Suberin Haarputz

„Haubennetz“ umschließt von selbst die ganze Frisur, ohne sichtbar zu sein. Preis M. 1.40 ab 6 Stück, Einzelpreis M. 1.60 (garant. echt. Menschenhaar). Dazu grat. meine lehrreichen Abbildungen Nr. 85 zum Selbststricken. **Haarnetz-Fabrik. Wörner, München 85, Färbergaben 27.**



! So hoch erfreut

ist jeder über die Magnet Lampe

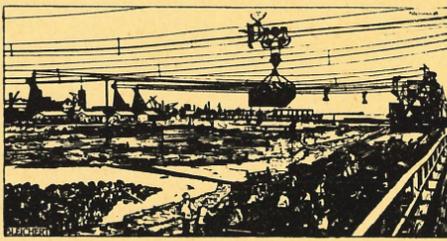
denn da kennt man keine Batterie - durch einfachen Kettenzug bringt man sie zum Leuchten. Preis: 20.- Mark. Nachn. u. Porto extra.

6 MONATE GARANTIE.



Alfred Kraus, Berlin N. 77, Lippenerstr. 8.

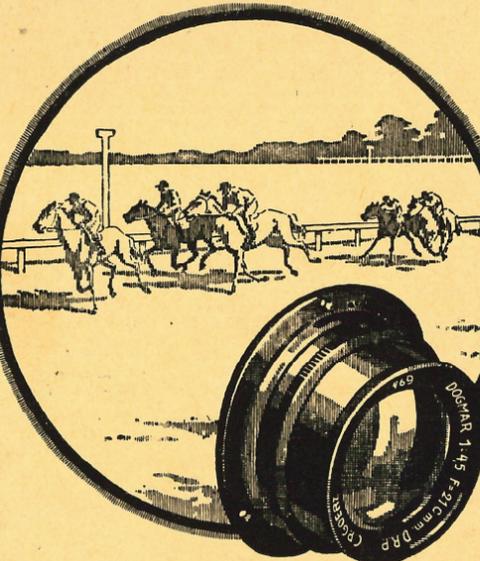
BLEICHERT



Bleichertsche Kabelkrane beim Bau eines Kriegshafens

Eine sehr große Zahl der in den letzten Jahren errichteten Hafen-, Brücken- u. Schleusenbauten wurde mit unsern Baukabelkranen, D. R. P., ausgeführt. Große freie Spannweite, unbehindertes Arbeitsfeld, hohe Traglast u. Leistung, große Betriebssicherheit, Betriebsfähigkeit bei jedem Wetter. - Verlangen Sie unsere Beschreibungen 21509g, 21510g, 21524g, 21536g 42-jährige Erfahrungen im Bau von Förderanlagen. Über 200 Patente. Fabriken in Leipzig-Gohlis, Neuß a. Rh. (Eisenkonstruktion), Wels in Ober-Österreich

Adolf Bleichert & Co., Leipzig-Go. 21



GOERZ DOGMAR

1:5,5 1:4,5 1:6,3

das ideale Objektiv für Amateur- und Berufsphotographen

Preisliste kostenfrei

Zu beziehen durch die Photohandlungen Optische Anstalt C. P. Goerz A. G., Berlin-Friedenau 9

Briefmarken für Sammler billigst. Preisliste 24 u. Briefmarkenzeitung send. kostenl. August Marbes in Bremen.

*Hanseatische
Apparatebau Gesellschaft*
vorm. L. von Bremen & Co. m. b. H.

Taucherausrüstungen aller
Systeme, Schwimm- und
Rettungsanzüge.
Rettungs-, Atmungs-
und Wiederbele-
bungsapparate für
Rettungsstationen
und Sanitäts-
wachen, Berg-
bau und
Feuerwehr.



Spezialität:

„Aerolith“

Atmungsgerät mit flüssigem
Betriebsgas.
Flottenatmer.

Maschinen- und
Apparatebau
Elektrische Maschinen-Ruder-
Kesseltelegraphen eigener Gleich- und
Wechselstromsysteme für den
gesamten Schiffbau.
Telegraphen für Dockanlagen
Bergwerkstelegraphen.



Feinmechanische
Präzisions-Apparate.
Tor- und Schützentelegraphen.
Wasserstands-differenz-Fernanzeiger.
Wasserdichte Apparate jeder Art.
Elektrische Installation von Docks
und Hellingen, sowie Schiffen
jeglicher Art. Schaltanlagen
an Bord von Schiffen.

Flüssige Gase
Gesellschaft m. b. H.

Sprengluftgefäße.
Aufbewahrungs-, Transport- und
Tauchgefäße für flüssige Gase.
Höhenatmungsapparate für Luftfahrzeuge.

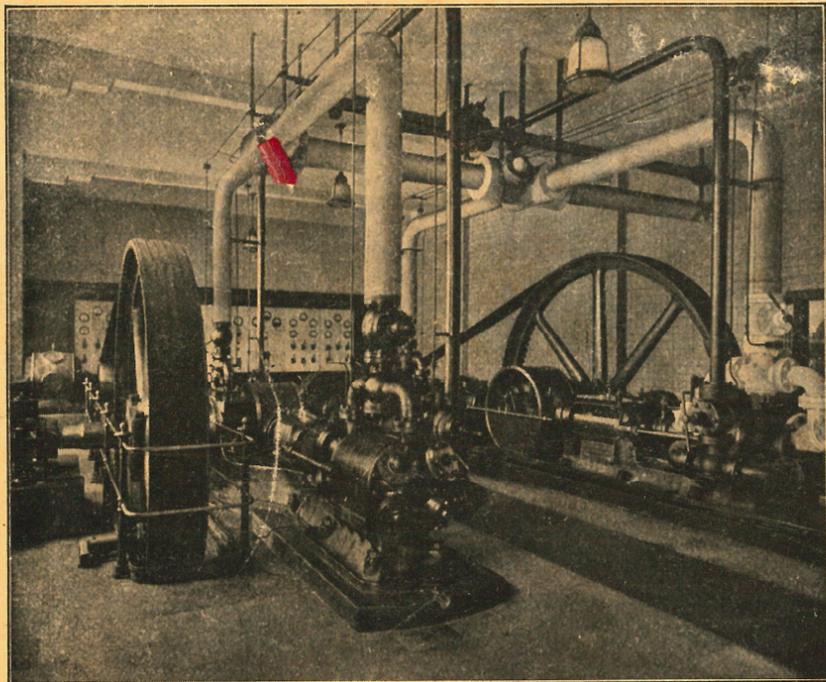
Spreng und
Tauchgesellschaft m. b. H.

Ausführung jeglicher Arten von Spreng-,
Tauch- und Gesteinbohrarbeiten.
Vertiefung steiniger Flussbette.
Beseitigung von Wracks
u. Schifffahrtshindernissen
Vermietung von Taucher-
apparaten. Gestellung
von Taucherguppen,
sowie einzelnen
Tauchern.

Gesellschaft
für nautische
Instrumente
G. m. b. H.

Abbohren von Gefrier-
schächten ohne Ersatz-
löcher nach patentiertem
Verfahren, auch unter un-
günstigen Gebirgsverhältnissen.
Fabrikation von feinmechanischen
Instrumenten.

Kompassbau, Spezialität: Flugzeugkompass



Maschinenhaus eines Kühlhauses mit Schalttafel

Abteilung I:
Ausführung Elektrischer Licht- u. Kraftanlagen jeder Größe

Abteilung II:
Sonderabteilung für Elektrische Anlagen in Kali- und Kohlenwerken

Abteilung III:
Reparaturen Elektr. Maschinen und Apparate in eigener Werkstatt

Abteilung IV:
Lager aller gängigen Materialien, Glühlampen, Ersatzteile usw.

Adolf Grundmann

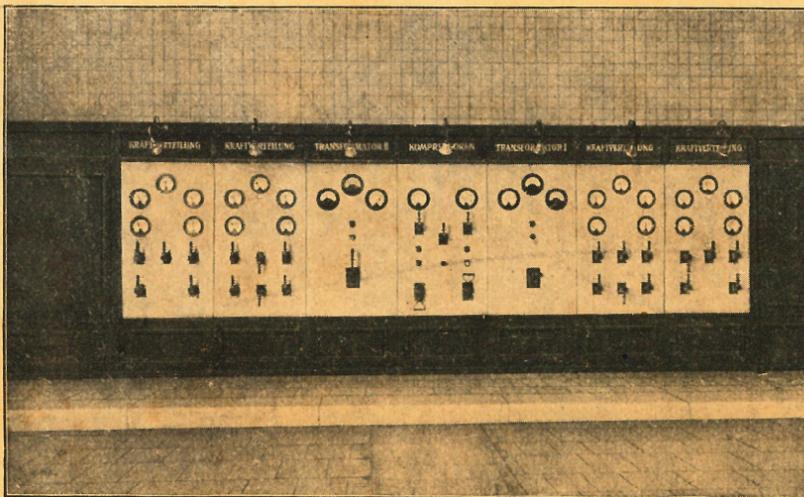
Ingenieur-Büro

LEIPZIG

Rosentalgasse 2

Fernsprecher Nr. 4056 u. 4057

Telegr.: Grundbüro Leipzig



Schalttafel obigen Kühlhauses